

Debatte des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1998

[. . .]

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beratung des Schlußberichts der Enquete-Kommission

„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

– Drucksache 13/11000 –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich einige einleitende Bemerkungen und Worte zum nationalen Gedenktag des 17. Juni sagen; denn angesichts der Probleme des Tages schwindet allzuleicht das Empfinden für das Grundsätzliche und die notwendige Pflege des Gedenkens. Lassen Sie mich deshalb den Vorschlag der Enquete-Kommission aufgreifen, auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß der 17. Juni im öffentlichen Bewußtsein nicht verlorengeht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Die Erhebung am 17. Juni 1953, der wir im Deutschen Bundestag oft gedacht haben, war ein erstes sichtbares Fanal, daß sich die Menschen in der DDR mit Willkür und Unterdrückung nicht abfinden wollten und nicht bereit waren, sich widerstandslos der kommunistischen Herrschaft zu beugen. In der Erinnerung an die ersten massiven Widerstände gegen die Diktatur der kommunistischen Einheitspartei und ihre Opfer bleibt der 17. Juni 1953 ein nationaler Gedenktag für uns alle. Dieser Tag mahnt uns zur Wachsamkeit. Er steht für die Aufforderung an uns alle, jeder Form von Diktatur eine Absage zu erteilen.

Der Aufstand des 17. Juni scheiterte. Er wurde gewaltsam niedergeschlagen; aber er war nicht umsonst. 36 Jahre später, als auf den Einsatz von Gewalt verzichtet wurde, setzte sich die Freiheit in der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 durch. Deshalb gehören der 17. Juni 1953 und der 9. November 1989 untrennbar zusammen.

Vor allem der ungebrochene Freiheitswille, die Kraft und der Mut der Bürgerrechtler in der DDR und der Menschen in den Bürgerbewegungen, die auf den Straßen zur Volksbewegung anschwellen, waren es, die das SED-Regime hinwegfegten und uns Deutsche in die gemeinsame Freiheit und in die staatliche Einheit führten.

Dieses herausragende Ereignis unserer jüngsten Geschichte, dessen Bedeutung durch den Alltag auch in Zukunft nicht verschüttet werden darf, hat uns zugleich verpflichtet, uns intensiv mit Geschichte und Folgen der SED-Diktatur auseinanderzusetzen, auch um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Der Deutsche Bundestag hat diese Pflicht nicht zuletzt als eine zentrale Aufgabe der Politik und des Parlaments angesehen. So haben in sechs Jahren zwei Enquete-Kommissionen eine beeindruckende Fülle von bedeutsamen Erkenntnissen zutage gefördert und uns wichtige Empfehlungen für künftige Handlungen und Maßnahmen gegeben. Wir haben heute allen Grund, den Abgeordneten und den Sachverständigen in beiden Kommissionen für ihre wichtige, unverzichtbare und verdienstvolle Arbeit sehr herzlich zu danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ihnen, lieber Herr Kollege Eppelmann, gilt als dem Vorsitzenden beider Enquete-Kommissionen unser besonderer Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Nun gebe ich der Kollegin Vera Lengsfeld als erster Rednerin das Wort. Sie spricht als Zeitzeugin und zugleich als Opfer dieser Jahre von Unterdrückung und Willkür. Frau Lengsfeld.

Vera Lengsfeld(CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am heutigen 17. Juni, dem 45. Jahrestag des Volksaufstandes gegen die brutale Willkürherrschaft der SED, wird besonders deutlich, daß mit der Betrachtung von 40 Jahren DDR-Geschichte kein abgeschlossenes historisches Kapitel zu behandeln ist, sondern eine bis heute fortwährende deutsche Teilungsgeschichte, die im Jahr 1933 ihren Ausgangspunkt hatte, eine Geschichte, in der Stasi- und SED-Macht zu marginalen Schwierigkeiten des Einigungsprozesses heruntergespielt zu werden drohen, weil die SED-Nachfolgepartei zu einem unverzichtbaren Faktor im machtpolitischen Spiel von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geworden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Unsinn! Fangen Sie doch nicht so an! Das ist unangemessen!)

Die Verharmlosung der Verbrechen des SED-Regimes hat inzwischen System. Deshalb spreche ich heute über die Menschen der zweiten deutschen Diktatur, die Widerstand gegen die sowjetische Fremdherrschaft und das SED-Regime – verbunden mit der Erfahrung von Flucht, Ausbürgerung und Repression – leisteten. Ich will den Bogen von den Anfängen der sowjetisch besetzten Zone nach 1945 bis zum Zusammenbruch der DDR 1989 aus der Sicht derer spannen, die heute allzu gern beiseite geschoben werden, um die Biographien der Täter zu schonen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Nachdem die letzten überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen die deutschen KZs in Richtung Gulag verlassen hatten, wo viele von ihnen, die der deutschen Hölle entkommen waren, an der erbarmungslosen Kälte und dem Hunger verreckten, wurden aus den KZs Speziallager der Sowjetmacht. Mit terroristischen Methoden gingen sowjetische und deutsche Geheimpolizei gegen Andersdenkende und vor allem gegen Menschen vor, die sich der Sowjetisierung widersetzen. Sie wurden kriminalisiert und politisch abgeurteilt. Nach offiziellen sowjetischen Angaben waren in den Speziallagern der sowjetisch besetzten Zone 157 837 Menschen gefangen, davon 122 671 Deutsche, 34 706 sowjetische Staatsbürger und 460 weitere Ausländer, die meisten von ihnen Polen. Allein diese Zahlen sprechen gegen die immer wieder verbreitete Auffassung, zirka 75 Prozent der Häftlinge seien Funktionsträger der NSDAP gewesen.

Zu den von den sowjetischen Behörden Verurteilten gehörten auch viele Frauen, die, wie Alexandra Dust-Wiese, zusammen mit ihren Brüdern zum Kreis von Arno Esch in Rostock gehörend, nach erlebter Nazirepression in den kommunistischen Unterdrückungsapparat gerieten. Nach der Zerschlagung der Gruppe um Esch wurde Alexandra Wiese verhaftet und zu dreimal 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Während ihre Brüder und die zum Tode Verurteilten in die Sowjetunion deportiert wurden, kam sie im April 1950 nach Hoheneck. Im Mai 1951 erfuhr sie von der Verhaftung und Deportation ihrer Mutter wegen Spionage. Nach Beteiligung an einem Hungerstreik wurde sie 1953 als Rädelführerin nach Brandenburg-Görden ins Zuchthaus verlegt und erst im Mai 1956 nach einer weiteren Verlegung in den „Roten Ochsen“ nach Halle begnadigt und entlassen. Am 7. Januar 1957 konnte sie in den Westen fliehen.

Zu den Existenzbedingungen der SED-Diktatur gehörte die schon 1947 einsetzende militärische Absicherung der Zonen- und späteren Staatsgrenze zur Verhinderung von Flucht bzw. Ausreise. Von 1950 bis Jahresende 1988 haben insgesamt 3,2 Millionen Menschen die DDR verlassen. Bis Ende 1989 folgten ihnen noch einmal 344 600 Personen. Der größte Teil der Flüchtlinge, 2,6 Millionen, hatte sich schon in den 50er Jahren bis zum Mauerbau 1961 retten können.

1949, nach Gründung der DDR, wurde parallel zum Aufbau des Sozialismus die Grenzsicherung verstärkt. Bis zum Ende der DDR blieben die Versuche des „ungesetzlichen Grenzübertritts“ das dominierende Delikt der politischen Strafjustiz. Die unmenschliche Perfektion des Grenzregimes erschließt sich freilich erst aus dem „rücksichtslosen Schußwaffengebrauch“ und dem „überall gewährleisteten einwandfreien Schußfeld“, den Minensperren aus Erdminen und dem pioniertechnischen Ausbau der Grenze durch Errichtung von Streckmetallzäunen zur Anbringung der richtungsgebundenen Splittermine.

Aus den Dienstvorschriften über den Schußwaffengebrauch und den übereinstimmenden Schilderungen von Überläufern der DDR-Grenztruppen ergibt sich, daß das Ziel der Fluchtvereitelung um jeden Preis und mit jedem Mittel angestrebt werden sollte, wenn eine Festnahme mit dem Ziel der strafrechtli-

chen Inanspruchnahme des Flüchtlings nicht mehr möglich war. Unter bestimmten Voraussetzungen lag der Zweck des Schußwaffengebrauchs allein in der physischen Vernichtung des Grenzverletzers.

900 tote Flüchtlinge sind zu beklagen, darunter mehr als 40 Kinder und Jugendliche. Das letzte Maueropfer, Chris Gueffroy, war 20, als er erschossen wurde. Klaus-Peter Eich versuchte am 12. Oktober 1961 im Alter von 20 Jahren, durch einen Doppeldrahtzaun nach West-Berlin zu entkommen. Ohne vorherige Warnrufe und Warningschüsse warteten die Grenzer auf eine für sie günstige Schußposition und feuerten ihre Schüsse auf seinen Rücken. Durch einen lebensgefährlichen Schuß verletzt, erlitt er eine Querschnittslähmung, mußte zwei Jahre im Krankenhaus verbringen und ist seitdem dauerhaft an den Rollstuhl gefesselt. Heute muß er sich in den Medien als verbittert titulieren lassen, wenn er berechtigterweise darum kämpft, daß die Gedenktafel am geplanten Mauermuseum in Berlin auch an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft erinnert. Aus „ästhetischen und technischen“ Gründen sollte darauf verzichtet werden. Seit gestern habe ich die definitive Zusage sowohl in Berlin als auch in Bonn erhalten, daß die Inschrift an die Maueropfer erinnern wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie der Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD] und Waltraud Schoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit sind wir alle knapp der Peinlichkeit entronnen, daß sich ausgerechnet am Mauerdenkmal das Geschichtsbild der PDS durchsetzt. Täter und Opfer waren eben nicht gleichermaßen Betroffene des kalten Krieges. Es gibt vielmehr konkrete Verantwortliche für das zu SED-Zeiten verübte Unrecht, und die müssen immer wieder klar benannt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Tilo Braune [SPD]: Zum Beispiel die Blockparteien, die heute noch da drüben sitzen! – Zuruf von der SPD: Scheinheiligkeit!)

– Das können Sie mir nun nicht vorwerfen. Sie sollten ein bißchen mehr Respekt vor dem haben, was ich hier zu sagen habe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie sind doch gerade über uns hergefallen!)

Der erste Volksaufstand im sowjetischen Imperium am 17. Juni 1953, der sich heute jährt, verdeutlicht, daß das SED-Regime nur durch sowjetische Panzer zu stabilisieren war. Die Aufständischen des 17. Juni formulierten in aller Deutlichkeit ihren Anspruch auf Einheit und Freiheit. Der Volksaufstand war keineswegs auf Berlin beschränkt. Zum Beispiel gab es auch in Thüringen, in Jena, einen Schwerpunkt der Erhebung. 20 000 Demonstranten waren dort am 17. Juni auf der Straße. Mit Alfred Diener wurde ein vom Repressionsapparat ausgemachter Rädelsführer in Jena verhaftet. Am 18. Juni wurde er im Alter von 26 Jahren von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt und durch Offiziere der Roten Armee hingerichtet.

Das Gedenken an die Opfer des 17. Juni wird vernachlässigt. Weder wurden bislang die 21 standrechtlich erschossenen Arbeiter gewürdigt, noch kennt man die Namen der 18 russischen Soldaten und Offiziere, die damals den Einsatz der Waffe verweigerten und hingerichtet wurden. Ich unterstütze nachdrücklich die Initiative des Berliner CDU-Abgeordneten Toepfer, die Namen der sowjetischen Soldaten zu ermitteln und die noch lebenden Verwandten zum Gedenktag im nächsten Jahr einzuladen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie sollten auch dabei sein, wenn endlich ein zentrales Denkmal für die Opfer des 17. Juni eingeweiht wird. Es muß ja gar nicht überdimensioniert sein.

Es gab immer wieder Menschen, die dem SED-Regime nach dem Vorbild des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten trotzten. 1955 wurde zum Beispiel in Weimar der stellvertretende Direktor der Pestalozzi-Schule verhaftet. Gerhard Benkowitz hatte mehrere Jahre unter anderem Namen von Inhaftierten nach West-Berlin übermittelt. Diese Widerstandstätigkeit wurde in fürchterlichen Verhören, die mit Gewaltanwendung verbunden waren, kriminalisiert. Ihm und seinen Freunden unterstellte man, daß sie eine Reihe von Brücken oder sogar die Saaletalsperre sprengen wollten. Noch vor der Gerichtsverhandlung verlangten seine Kollegen, die Abteilung Volksbildung beim Rat der Stadt, der Pädagogische Rat der Friedrich-Engels-Schule und viele andere in öffentlichen Erklärungen, daß ihn die schwerste Strafe treffen soll. Obwohl der Oberste Gerichtshof feststellte, daß Benkowitz niemals Sprengstoff besessen hat, verfügte eine Kommission des Politbüros unter der Leitung des Schreibtischtäters Klaus Sorgenicht, daß der Generalstaatsanwalt die Todesstrafe zu beantragen habe. Durch persönliches Eingreifen Ulbrichts wird zudem gegen einen Freund von Benkowitz eine weitere Todesstrafe verhängt. Beide Urteile werden in Dresden am Münchener Platz in der ehemaligen Hinrichtungsstätte der Gestapo mit dem Fallbeil vollstreckt.

Bis heute ist noch nicht einmal die weniger als vier Monate andauernde Haftzeit zwischen Verhaftung und Hinrichtung entschädigt worden, weil das Häftlingshilfegesetz derart kurze Haftzeiten nicht berücksichtigt. Weder Schreibtischtäter noch Richter sind belangt worden. Auch an der Weimarer Schule ist nichts zur Ehrenrettung des ehemaligen stellvertretenden Direktors erfolgt. Bis heute erinnert nicht einmal eine Gedenktafel an ihn.

Trotz dieser Erfahrungen gab es in der DDR auch nach dem Mauerbau im Jahre 1961 Menschen, die auf eine Entstalinisierung hofften. Vieles von dem wird mit dem 11. Plenum der SED im Jahre 1965 zunichte gemacht. Mit dem Verbot von 11 DEFA-Filmen und der öffentlichen Ausgrenzung von Robert Havemann und Wolf Biermann schwanden die Illusionen über ein „Tauwetter“. Die Beteiligung der SED an der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings machte dann unerbittlich klar, daß die kommunistischen Diktaturen statt auf Reformen auf militärische und geheimpolizeiliche Gewalt setzten.

Das Jahr 1976 markierte eine weitere Zäsur auf dem Weg zum Ende der SED-Herrschaft. Es war nicht nur das Jahr der Biermann-Ausbürgerung, sondern auch das Jahr der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Er starb am 18. August 1976 nach dem Beispiel der buddhistischen Mönche in Saigon und Jan Pallachs in Prag. Auf dem Transparent am Ort seiner Selbstverbrennung war zu lesen:

Die Kirche der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen, an Kindern und an Jugendlichen.

Die Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR identifizierten sich jedoch keineswegs mit diesem Fanal für die Freiheit. Schon sieben Stunden später saß Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen und dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, in Magdeburg zusammen, um Einzelheiten für den Erhalt geordneter Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu erörtern.

Im Zusammenhang und in der Folge der Biermann-Ausbürgerung gerieten nicht nur sich solidarisierende Künstler, sondern auch viele jüngere Leute aus verschiedenen oppositionellen Gruppen in das Visier des Stasiapparates. Einer davon war Matthias Domaschk, der am 12. April 1981 in Gera in der Stasihaft sein Leben verlor. Wie viele andere war Domaschk nach der Ausbürgerung Biermanns zum Objekt der Stasimaßnahmen von Zuführung, Haussuchung und Einleitung von operativen Vorgängen und schließlich Stasihaft geworden. „Anderthalb Stunden verbringt“ – so das Protokoll – „der operative Mitarbeiter Oltnt. Horst Köhler allein mit Matthias“, also bis 14.00 Uhr. „Um 14.15 Uhr ist Matthias tot.“

Alle Vorgänge hinter den Gefängnismauern können wohl nie aufgeklärt werden: zum Beispiel, warum Stasi-Häftlinge wie Jürgen Fuchs und Rudolf Bahro und etliche andere an einer Art Krebs erkrankt und zum Teil gestorben sind, die nach Meinung von Experten durch einen Jahre zurückliegenden Empfang einer Überdosis radioaktiver Strahlung entstanden sein könnte.

Aber es gab nicht nur Verbrechen an Gefangenen in der DDR. DDR-Leistungssportler wurden menschenverachtenden medizinischen Manipulationen ausgesetzt. Kinder in der DDR wurden bereits im Kindergarten einem systematischen Screening unterzogen, bei dem festgestellt wurde, welches Kind im Erwachsenenalter für welche Sportart die Idealmaße haben würde. Danach wurden die Kinder ein Vierteljahr lang mehrmals in der Woche auf ihre Eignung hin getestet. Dann wurde den Eltern mitgeteilt, daß ihre Kinder in eine Kinder- und Jugendsportschule übernommen werden könnten. Voraussetzung war, daß sich die Eltern mit dem Trainingsplan und allen notwendigen ärztlichen Maßnahmen durch Unterschrift einverstanden erklärten.

Wie die systematische Aufrüstung von Kinderkörpern für den Hochleistungssport aussah, wird gerade bei den Dopingprozessen beleuchtet. Mit vierzehneinhalb Jahren wurde die DDR-Schwimmerin Christiane Knoche einer Behandlung unterzogen, die der DDR-Verbandsarzt Lothar Kipke alias „IM

Rolf“ zynisch den „Großversuch“ genannt hat: Muskelmast mit Hormonen wie der berüchtigten Pille Oral-Turinabol, im Fachjargon „OT“ genannt. Ein Jahr später durchbrach die Fünfzehnjährige, inzwischen mit Möbelpackerkreuz, starker Beinbehaarung und anderen Merkmalen der Vermännlichung ausgestattet, als erste Frau bei 100 Meter Schmetterling mit 59,78 Sekunden die Minutengrenze.

Seit die Dopingpraktiken in ihrer ganzen menschenverachtenden Dimension bekanntgeworden sind, vermisse ich den Aufschrei der Medien. Im Gegenteil, nachdem die Schwimmerin Carola Beraktschjan in einer noblen Geste ihre Medaillen zurückgab und sich aus der Weltrangliste streichen ließ, traf sie die subtile, arrogante Häme des Kultmoderators der „Tagesthemen“, Ulrich Wickert. Er fand kein Wort des Respekts für die Tat der Sportlerin, sondern wertete sie als bloße „Auseinandersetzung mit einem autoritären Regime“ ab. „Wirklich mutig“ wären nach den Worten von Ulrich Wickert nur jene, die sich jetzt als im Westen „freiwillig gedopt“ outen würden, sich also dafür hergäben, der Öffentlichkeit zu suggerieren, es sei in der DDR alles nicht so schlimm gewesen, gedopt werde schließlich überall.

Wer die SED-Nachfolgepartei als Mittel zum Regierungswechsel benutzen will, der für die PDS ja erklärtermaßen ein Machtwechsel sein soll, muß natürlich vorher die Vergangenheit ins Harmlose entsorgen. Deshalb dürfen wir nicht müde werden, immer wieder daran zu erinnern, was wirklich geschehen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich möchte diese Rede nicht beenden, ohne auf eine fast vergessene Gruppe von Verfolgten hinzuweisen, die der besonders perfiden Praxis der Zwangsadoption ausgesetzt waren. Für viele Schicksale steht das von Gisela Mauritz. Die junge Chemnitzerin wurde im Jahr 1974 – übrigens zur Hochzeit westdeutscher Entspannungspolitik – am Grenzübergang Marienborn verhaftet, als sie mit ihrem vierjährigen Sohn die DDR illegal verlassen wollte. Ein Gericht verurteilte sie zu viereinhalb Jahren Haft, die sie bis auf den letzten Tag im Zuchthaus Hoheneck, einem der fürchterlichsten Gefängnisse der DDR, verbüßen mußte. Während ihrer Haftzeit wurde ihr Sohn von einem linientreuen Ehepaar zwangsadoptiert. Allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz nahm Gisela Mauritz nach ihrer Entlassung die Suche nach ihrem Kind auf. Dafür wurde sie zum zweiten Mal verhaftet und zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt. Nach ihrer Entlassung wurde ihr eine Aufenthaltsbeschränkung in der sächsischen Provinz auferlegt, gekoppelt mit dem Verbot, die Hauptstadt der DDR zu betreten, wo sich ihr Sohn befand. Nach fünf Jahren konnte Frau Mauritz von der Bundesregierung freigekauft werden. Erst nach 14 Jahren fand sie ihren Sohn mit Hilfe des Fernsehmagazins „Report“ wieder. Der Achtzehnjährige hatte keine Erinnerung mehr an seine Mutter. – Was Gisela Mauritz und ihrem Sohn widerfuhr, entsprach der sozialistischen Gesetzlichkeit der DDR, einem System, das nach Willen der PDS auch heute nicht ein Unrechtssystem genannt werden dürfte.

Es ist für die heutige Wahrnehmung notwendig, darauf zu verweisen, daß es in den mehr als 40 Jahren der zweiten deutschen Diktatur immer Menschen gab, die sich dem System entzogen oder ihm widerstanden. Ohne die moralische Kraft des deutschen Widerstandes wäre nach der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ein demokratischer Neuanfang in Deutschland nicht möglich gewesen. Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR vom Herbst 1989 schuf die Grundlage für die freiheitliche Demokratie im vereinten Deutschland. Widerstand und Opposition gegen die Diktaturen sind wichtiger Teil des demokratischen und freiheitlichen Erbes aller Deutschen. Wir werden die Geschichtsschreibung und die Definitionsmacht nicht den Tätern überlassen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Anmerkung: Wahrheit tut weh, ist schwierig, muß aber sein, wenn wir den Opfern und auch unserer eigenen Selbstverpflichtung gerecht werden wollen. Deswegen ist, verehrter Kollege, „Scheinheiligkeit“ kein Zwischenruf, der hier hinpaßt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der CDU/CSU: Pfui! – Zurufe von der SPD: Na, na!)

Herr Kollege Vergin.

Siegfried Vergin (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Sachverständige und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Enquete-Kommission! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist für mich eine ganz persönliche Genugtuung, heute, am 17. Juni 1998, im Deutschen Bundestag als frei gewählter Abgeordneter vor Ihnen zu stehen. Und es ist mir eine besondere Freude, heute in meiner letzten Bundestagsrede über die Überwindung der Folgen der SED-Diktatur sprechen zu können.

Daran war vor 45 Jahren, am 17. Juni 1953, in meinem damaligen mecklenburgischen Heimatort nicht zu denken. Freiheit und Demokratie hatten wir als junge Deutsche in der DDR bis dahin nicht selbst erlebt. Aber wir waren bereit, uns dieses Menschenrecht zu erkämpfen. Die Ereignisse am und um den 17. Juni 1953 öffneten mir die Augen, wiesen mir den Weg letztendlich in die Freiheit, meine dritte Heimat.

Heute, am 45. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni, sind meine Erlebnisse jener Zeit wieder präsent. Am heutigen Tag wird meine Erinnerung konkret. Welche Kraft können Gedenktage haben, wenn man sie nicht nur kalendermäßig nimmt!

Darum möchte ich eine der Empfehlungen der Enquete-Kommission gerade heute betonen: Wir wollen den 17. Juni zu einem lebendigen Gedenktag in ganz Deutschland machen und dabei insbesondere Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur würdigen. Dieses Gedenken muß darüber hinaus sichtbar werden in einem Denkmal an dem Ort, an dem die Berliner am 17.

Juni 1953 freie Wahlen forderten, vor dem Haus der Ministerien, dem künftigen Bundesfinanzministerium.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich appelliere an Bundesregierung und Berliner Senat, ihre Finanzausgaben einzulösen und für eine zügige Errichtung des Denkmals zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir denken heute auch an den Mut derer, die im Herbst 1989 auf die Straße gingen und riefen: Wir sind das Volk!

(Siegfried Hornung [CDU/CSU]: Was sagen Sie zu Magdeburg? – Gegenruf des Abg. Detlev von Larcher [SPD]: Ihr seid ein Pack!)

Auf diese friedliche Revolution für die Freiheit können die Ostdeutschen besonders stolz sein. Sie ist die größte und wirkliche Errungenschaft der DDR; denn sie hat unser aller Freiheitstradition in Deutschland bereichert und gestärkt. Wie aber können wir die Erinnerung daran wachhalten? Was ist zu tun, um Aufarbeitung von Vergangenheit zu fördern? Das waren die wichtigen Fragen, die uns in den letzten Jahren in der Enquete-Kommission beschäftigt haben.

Die Auseinandersetzung mit der diktatorischen Vergangenheit, die Frage nach Schuld und Verantwortung, die Bereitschaft, zu lernen und zu versöhnen, sind Teil und ein Stück weit Bedingung der gewonnenen Freiheit. In meiner langjährigen politischen Arbeit in der Bundesrepublik habe ich selbst erfahren, wie schwer wir uns mit der Aufarbeitung der NS-Diktatur taten. Die Aufhebung der NS-Unrechtsurteile vor wenigen Tagen hat dies noch einmal dokumentiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Willy Brandt war es, der uns bei der ersten Bundestagsdebatte zur Einsetzung der Enquete-Kommission gemahnt hat, nicht ähnliche Versäumnisse wie nach 1945 zu begehen.

Ich danke an dieser Stelle unserem Obmann Markus Meckel, daß er mit seiner vollen Kraft die Einsetzung der beiden Enquete-Kommissionen letztendlich durchsetzte. Es ist bedauerlich, daß er heute bei dieser Debatte nicht hier sein kann.

Die Arbeit der zweiten Enquete-Kommission hat unser aller Wissen über die DDR-Diktatur vergrößert. Dieses genaue Wissen über die Diktatur und ihre Herrschaftsmechanismen ist Voraussetzung dafür, aus der Vergangenheit lernen zu können.

Für die Fraktion der SPD bedanke ich mich bei all jenen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben, sei es in Anhörungen und Diskussionen oder einfach da-

durch, daß sie uns Abgeordneten die Meinung gesagt oder geschrieben haben. Der Dank gilt auch den Sachverständigen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Büros, in den Fraktionen und insbesondere im Sekretariat der Enquete-Kommission.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute ein differenzierteres Bild von der Lebenswirklichkeit der Menschen in der DDR. Wir erkennen, wie lange und tiefgehend Prägungen aus dieser Zeit fortwirken. Sicherlich kann man Leben und Leistung von 16 Millionen Menschen der DDR nicht auf einen Begriff bringen. Aber eines können wir nach zwei Enquete-Kommissionen klar und unmißverständlich auf den Punkt bringen: Der Staat DDR war von Anfang an eine Diktatur.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere daran, daß es zuerst die Arbeiter waren, die sich im Juni 1953 gegen die SED erhoben, die ihre Diktatur gegen die Arbeiter und die Bürger in der DDR errichtete. Eines tat sie seit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946 bis zum Zusammenbruch 1989: Sie bekämpfte erbittert – offen und geheim – die Partei des demokratischen Sozialismus, die deutsche Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wie schlecht müssen sich eigentlich diejenigen fühlen, die sich in ihrem Namen mit einer Idee schmücken, deren Vertreter sie bis zum Herbst 1989 verhaftet und verfolgt haben?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage aber auch: Ist aus der Geschichte gelernt worden, wenn man mit dem Symbol der Zwangsvereinigung Wahlkampf machen will?

(Beifall bei der SPD)

Wir Deutschen müssen am Ende des 20. Jahrhunderts mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen leben. Als einzige Nation in Europa haben wir selbst die Diktaturen der beiden großen totalitären Bewegungen in diesem Jahrhundert erfahren. Diese beiden Bewegungen, die kommunistische und die nationalsozialistische, verband die Feindschaft gegen Rechtsstaat und Demokratie; sie waren Feinde der Freiheit und einer offenen Gesellschaft.

In der Auseinandersetzung mit dieser doppelten Diktaturerfahrung können wir unseren Blick und unser Bewußtsein für Freiheit, Recht und Demokratie schärfen. Das ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ein solch geschärfter Blick zeigt uns auch die Dimension der Diktaturen und ihrer Verbrechen und macht klar: Eine Gleichsetzung von SED-Diktatur und NS-Terrorherrschaft verbietet sich. Und vergessen wir nie: Es war die von uns Deutschen herbeigeführte Diktatur des Nationalsozialismus, die ganz Europa mit Völkermord und Vernichtungskrieg überzog.

Zum antitotalitären Konsens gehört auch, die Opfer der Diktaturen nicht gegeneinander aufzurechnen oder auszuspielen. Man darf sie auch nicht einfach auffaddieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Den Opfern der Diktaturen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – das war ein leitender Gedanke der Arbeit in der Enquete-Kommission. Diese Gerechtigkeit zeigt sich nicht nur in angemessenen Entschädigungsleistungen und materiellen Hilfen, sondern auch an den Orten ehemaliger Verfolgung und Inhaftierung. Die Einrichtung von Gedenkstätten an authentischen Orten ist darum ein Zeichen moralischer Rehabilitierung der Opfer.

Wir betonen in unserem Abschlußbericht die Bedeutung von Gedenkstätten als Orten der Aufklärung und Bildung, der Dokumentation und Forschung. Die Gedenkstätten an den authentischen Orten zur Erinnerung an die NS-Diktatur und an die SED-Diktatur sind die stärksten Pfeiler in unserer demokratischen Erinnerungskultur. Als Orte der offenen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Diktaturen sind sie nicht nur Lernorte der Geschichte, sondern auch Orte der Demokratiesicherung. Es ist daher konsequent, daß die Enquete-Kommission die Unterstützung und Förderung der dezentralen und pluralen Gedenkstättenlandschaft in der Bundesrepublik fordert. Der Bundestag schuldet allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätten Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Wir benennen in unserem Bericht auch die Verantwortung für die Gedenkstätten außerhalb Deutschlands. Wo würde diese Verantwortung besser sichtbar als in der Unterstützung der Gedenkstätten in Auschwitz oder Treblinka? Wäre es nicht wirklich eine Zukunftsaufgabe der Versöhnung, die Gedenkstätten in Theresienstadt und Lidice durch den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds zu fördern?

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission für eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes sind ein wichtiger und entscheidender Fortschritt. Vor vier Jahren habe ich an dieser Stelle bedauert, daß sich die Regierungskoalition nicht bereit fand, die Arbeit der Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung in ganz Deutschland wirklich zu sichern. Heute, nach drei Jahren Arbeit in der Enquete-Kommission, sind wir uns einig und empfehlen Bundestag und Bundesregierung, Gedenkstätten an historisch herausragenden Orten in Ost- und

Westdeutschland künftig dauerhaft durch den Bund und das jeweilige Sitzland zu fördern.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei dem Obmann der CDU/CSU-Fraktion, dem Kollegen Hartmut Koschyk, bedanken. Sie, lieber Herr Koschyk, haben erkannt – Sie haben auch für die Umsetzung dieses Gedankens geworben –, daß es wichtig ist, die Erfahrungen der Diktaturen den Nachgeborenen gerade in den Gedenkstätten zu vermitteln. Dies spreche ich hier in aller Offenheit aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ich glaube, das ist der richtige Stil des Umgangs mit diesem Thema.

Ich selbst werde dem nächsten Deutschen Bundestag nicht mehr angehören. Daher möchte ich den Verantwortlichen hier im Hohen Hause, aber auch in den Ländern und Kommunen unsere Gedenkstättenkonzeption ans Herz legen. Sorgen Sie alle dafür, daß die wichtige Arbeit der Gedenkstätten für unsere Demokratie gesichert und fruchtbar gemacht werden kann. Richten Sie wieder einen Unterausschuß für Kultur zur parlamentarischen Kontrolle und zur Beratung der Regierung auch im Hinblick auf andere gesamtstaatliche Kulturaufgaben ein!

Meine Damen und Herren, heute enden sechs Jahre parlamentarische Aufarbeitung durch zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages; aber keineswegs endet die Aufarbeitung unserer doppelten Diktaturgeschichte. Die Aufarbeitung bleibt eine Aufgabe von Bürgerschaft, Politik und Wissenschaft.

In diesen Wochen beginnt die von der Enquete-Kommission initiierte Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ihre Arbeit. Sie soll die wertvolle Arbeit der Aufarbeitungsinitiativen und -vereine fördern. Wenn es ebenso erfolgreich gelingt, unsere Vorschläge für eine Gedenkstättenkonzeption des Bundes parlamentarisch umzusetzen, dann hätte diese Enquete-Kommission ihren Zweck, den antitotalitären Konsens und die demokratische Erinnerungskultur in Deutschland zu fördern und zu festigen, erfüllt.

Ist damit aber der Erinnerung und des Gedenkens Genüge getan? Im vorgelegten Bericht heißt es:

Die Glaubwürdigkeit des Gedenkens mißt sich am politischen Handeln im Alltag.

Ich habe die große Sorge, daß bei vielen in den neuen Bundesländern die Freude an der gewonnenen Freiheit und Einheit hinter der Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Jugend zurücktritt.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß daher unsere wichtigste Aufgabe sein. Denn Arbeitslosigkeit macht Angst, und Angst ist ein schlechter Ratge-

ber. Angst ist der Nährboden für Vorurteile und die stärkste Quelle der radikalen Rattenfänger.

(Beifall bei der SPD)

Ängste abbauen und Vertrauen wachsen lassen – das sind die Aufgaben verantwortungsvoller demokratischer Politik. Das kostet Geld, im Großen wie im Kleinen. Aber der Verlust von Vertrauen in die Demokratie und die Aufgabe der Freiheit wären ein weit höherer Preis.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Blick in unsere Geschichte, besonders auch bei dem Besuch einer Gedenkstätte, zeigt, welchen Preis Menschen zahlen mußten, die in Freiheit leben wollten und für die Freiheit anderer kämpften. Eine lebendige Demokratie, eine gerechte und solidarische Republik – das kostet uns heute nicht mehr als das Wollen ehrlicher Politik. Unser Land und unsere Demokratie sollten uns das wert sein. Meine Damen und Herren, was hätten wir am 17. Juni 1953 dafür gegeben!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Es spricht jetzt der Kollege Gerd Poppe.

Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß diese Debatte nicht für den Wahlkampf genutzt werden sollte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der F.D.P.)

Deshalb: Es ist sicher richtig, daß die Kollegin Lengsfeld hier noch einmal an die Opfer erinnert hat. Die Angriffe auf die SPD-Fraktion und auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jedoch spiegeln in keiner Weise die kollegiale Zusammenarbeit zwischen allen Fraktionen wider, auf die hier auch der Kollege Vergin hingewiesen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Enquete-Kommission hatte die anhaltenden Folgen der SED-Diktatur zu untersuchen, festzustellen, inwieweit der Transformationsprozeß zu ihrer Überwindung beigetragen hat, wo die Defizite liegen und welche Empfehlungen sich daraus für den Gesetzgeber ableiten lassen. Sie hat überwiegend zu gemeinsamen Bewertungen der DDR-Vergangenheit gefunden. Das spricht für die feste Verankerung des Konsenses der demokratischen Parteien, und zwar unabhängig von der west- oder ostdeutschen Herkunft der Beteiligten.

Gleichwohl wissen wir, daß dies nicht immer für die Gesamtheit der Gesellschaft gilt. Der Erfolg von Parteien, die die demokratischen Grundwerte negie-

ren oder zumindest relativieren, gibt uns Anlaß zur Beunruhigung. Wenn Demagogen aller Schattierungen verflossene Diktaturen schönreden oder erneut den autoritären Staat herbeirufen wollen, so ist das für die Demokraten Grund genug, sich weiter mit der diktatorischen Vergangenheit auseinanderzusetzen.

(Beifall des Abg. Reiner Krziskewitz [CDU/CSU])

Betrachten wir einmal den Antrag der PDS. Ich finde es schon erstaunlich, daß ausgerechnet die PDS mit ihrer Vorgeschichte der Kommission „Ideologisierung der Geschichtsschreibung“ vorwirft. Ebenso fragwürdig ist der Versuch, gleich alle Ostdeutschen zu vereinnahmen, indem die PDS behauptet, daß eine „ausgewogene, differenzierte Geschichtsbewertung, in der sich auch die Bürgerinnen und Bürger der DDR wiederfinden können“, in der Kommission nicht möglich gewesen sei. Ganz abgesehen davon, daß Sie wohl meinen, es gäbe sie noch, die Bürgerinnen und Bürger der DDR, frage ich Sie, wie lange Sie Ihren Alleinvertretungsanspruch gegenüber den Ostdeutschen noch aufrechterhalten wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie sprechen von einer „offensichtlichen Diskrepanz“ zwischen den Ergebnissen zahlreicher Expertisen und angeblich „verkürzten oder tendenziös zusammengefaßten Wertungen“ der Kommission. Nun gibt es für Politiker und Historiker zweifellos die Möglichkeit, aus vorgelegten Expertisen unterschiedliche Schlußfolgerungen zu ziehen. Wie sollte es auch anders sein, zumal bei einem Forschungsgegenstand, der auch im achten Jahr der deutschen Einheit nicht abschließend zu behandeln ist. Die PDS hatte wie die Fraktionen Gelegenheit, ihre abweichenden Positionen ausführlich darzustellen, was sie auch getan hat. Schon deswegen sind Sie von der PDS im Unrecht, wenn Sie die Schlußfolgerungen der Fraktionen als tendenziös bezeichnen.

Wir können mit unterschiedlichen Bewertungen historischer Ereignisse und politischer Zusammenhänge gut leben. Es ist nicht unsere Sache, dem Bürger ewige Wahrheiten zu verordnen. Das war der Anspruch der Kommunisten. Er führte zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit und zur Verfolgung der Personen, die die jeweiligen Weisheiten der Parteiführung nicht unwidersprochen hinnehmen wollten.

Sie beklagen, daß solche DDR-Historiker, die sich mit den Leitbildern und Zielen des Sozialismus identifiziert haben, zu wenig zu Wort kamen. Die Kommission hat allerdings Wert darauf gelegt, die Öffentlichkeit weniger mit der Apologetik der Hofberichterstatter von Ulbrichts und Honeckers Gnaden zu behelligen, als diejenigen unabhängigen ostdeutschen Experten zu Wort kommen zu lassen, denen Ihre Vorgängerpartei damals den Mund verboten oder noch Schlimmeres angetan hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Es ist einfach nicht wahr, daß der Osten in der Kommissionsarbeit unterrepräsentiert war. Wie in der vorigen Wahlperiode stammen viele Expertisen von ostdeutschen Autoren, wurde eine große Zahl ostdeutscher Zeitzeugen gehört, waren ostdeutsche Abgeordnete weit überproportional beteiligt.

Eine letzte Anmerkung an Ihre Adresse, meine Damen und Herren von der PDS: Sie reden von Willkürjustiz bzw. von politischer Strafverfolgung in Ostdeutschland. Aber Sie meinen damit nicht etwa die DDR-Justiz, sondern die heute in Ostdeutschland tätigen Gerichte und Staatsanwaltschaften. Sie verlieren keine Silbe über die Opfer der Diktatur; nein, mit Ihrem Angriff auf den Rechtsstaat verhöhnen Sie die Opfer der Diktatur ein weiteres Mal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Sie verwischen ganz bewußt den Unterschied zwischen den Entscheidungen der politischen Strafjustiz in der DDR und den Entscheidungen unabhängiger Gerichte in einem demokratischen Staat.

Sie wollen den Ostdeutschen suggerieren, daß man ihnen ihre Biographien nehmen, ihr damaliges Leben für wertlos erklären, sie sogar kriminalisieren will und daß einzig die PDS sie vor dem drohenden Identitätsverlust bewahren kann. Dabei wissen Sie ganz genau, daß der Kommission nichts ferner lag, als den Wert des individuellen Lebens – auch in einer Diktatur – in Zweifel zu ziehen. Im Gegenteil: Wir haben auch über das Alltagsleben und über die vielen Menschen gesprochen, die trotz solch widriger Umstände ein Leben in Würde und in Wahrheit geführt haben. Diese Tatsache grundsätzlich voraussetzend, haben beide Enquete-Kommissionen in der 12. und in der 13. Wahlperiode die Möglichkeiten des Parlamentes zur Aufarbeitung genutzt und dabei eine breite Öffentlichkeit einbezogen.

Im Unterschied zur im wesentlichen übereinstimmenden Bewertung der DDR-Vergangenheit sind – bezogen auf den Transformationsprozeß und die Empfehlungen für die heutige Politik – die Kommissionsmitglieder der verschiedenen Fraktionen zu teilweise unterschiedlichen Ergebnissen gekommen, die sich aus den verschiedenen Sondervoten ablesen lassen. Die Lesbarkeit des Berichts leidet darunter, und ich hätte mir in manchen Fällen gewünscht, daß die eine oder andere große Fraktion es über sich gebracht hätte, auf eine wahlkampfgerechte Zuspitzung der Formulierungen zu verzichten.

Wenn einerseits die Koalition polemisch gegen die SPD-Entspannungspolitik argumentiert, dagegen den Kanzler und Gorbatschow durchgängig ob ihrer weisen und einsamen Entscheidungen bejubelt, wenn andererseits von der SPD die von der Bundesregierung seit 1990 zweifellos gemachten Fehler schwerer gewogen werden als die traurige Hinterlassenschaft des SED-Staats, dann stellt sich mitunter die Frage, ob nicht manche Berichtsteile nach einem zu groben Muster gestrickt wurden. Aber das ist das politische Geschäft. Wir werden zu manchen Passagen des Berichts die Kritik des sachkundigen Lesers zu Recht ertragen müssen.

Dennoch bleibt festzustellen, daß das Parlament die selbstgestellte Aufgabe erfüllt hat. Viele mittel- und osteuropäische Parlamentarier haben diesen deutschen Sonderweg der Aufarbeitung mit einer gewissen Verwunderung und mit Respekt kommentiert. Sie haben uns erklärt, daß sie sich wünschten, sich mit ihrer Vergangenheit auf eine ähnliche Weise auseinanderzusetzen, was der demokratischen Erneuerung ihrer Staaten dienen würde. Eine derartige Feststellung sollte uns Mut machen, das erreichte Ergebnis nicht kleinzureden.

Am Ende des parlamentarischen Großversuchs der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur liegt – wie schon nach der vorigen Wahlperiode – eine umfangreiche Materialsammlung vor. Wir hoffen auf deren intensive Verwendung durch die Wissenschaft und die demokratische Öffentlichkeit. Eine wesentliche Grundlage dafür hat der Bundestag selbst mit dem Beschluß über die Einrichtung der Stiftung zur Aufarbeitung geschaffen. Das ist eine gelungene Antwort des Parlaments auf die ewigen Schlußstrichzieher und Verharmloser. Schon deswegen hat sich unsere Arbeit gelohnt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Mir bleibt nur noch, im Namen meiner Fraktion den vielen Beteiligten zu danken, den sachverständigen Mitgliedern der Kommission, den Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen, den Zeitzeugen und Autoren, den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Fraktionen und vor allem auch dem Sekretariat der Enquete-Kommission. Ich möchte mich schließlich auch bei Ihnen, Frau Präsidentin, ganz besonders für die Förderung bedanken, die Sie der Arbeit dieser Kommission immer haben zuteil werden lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht Professor Dr. Ortleb.

Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin in dieser Stunde vermutlich der Dritte, der zu Ihnen im Rahmen seiner letzten Rede im Deutschen Bundestag spricht. Ich habe 1990 in der ehemaligen DDR die Aufgabe, Abgeordneter der Volkskammer zu werden, mit Dankbarkeit als Auftrag angenommen. Ich halte es heute genauso wie damals: Ich möchte meine Redezeit nicht überstrapazieren. Die Frau Präsidentin möge mich sonst bitte darauf hinweisen. Ich halte hier nicht etwa mein Redemanuskript in der Hand, sondern ich werde es wie in der alten Volkskammer machen: Ich war bekannt dafür, von einer Briefmarke zu reden. Die habe ich heute nicht mit. Ich habe nur das alte Protokoll der Sitzung der Volkskammer der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juni 1990.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß mein Leben – ich bin vor wenigen Tagen 54 Jahre alt geworden – nur aus 17. Junis bestanden hat. So will ich meine Rede gliedern. Ich werde einen ersten, einen zweiten und einen dritten 17. Juni schildern: Der 17. Juni 1953 – der eigentliche – war der erste, den es geben

konnte. Damals war Rainer Ortleb neun Jahre alt. An diesem Tage wurde in Dresden verbreitet – dort wohnten meine Eltern –, daß es im zentralen Kaufhaus in der Innenstadt Bettwäsche gäbe. Daraufhin bin ich mitgegangen. Denn damals war die Regel: Es wird soviel Bettwäsche ausgeteilt, wie Hände ausgestreckt werden. Also war ich als Kind verpflichtet, dieser Aufgabe nachzukommen. An der Hand meiner Mutter fuhr ich, neunjährig, mit der Straßenbahn in die Innenstadt. Zirka vier, fünf Haltestellen vor der Innenstadt blieb die Straßenbahn stehen. Das waren wir damals gewöhnt: Stromsperre usw. Nur die Kette der Straßenbahnen gab zu denken. Dann kam ein älterer Mann und sagte zu meiner Mutter: „Junge Frau“ – das war sie damals –, „gehen Sie mit Ihrem Kind heim! Es wird geschossen.“ Und dann haben wir schon die Schüsse gehört. Meine Mutter war kriegserfahren; es war ja erst 1953. Sie wußte genau, was man tun muß, wenn so etwas passiert. – Das war mein erster 17. Juni.

Jetzt rede ich über den zweiten. Ich habe schon angekündigt: Das war Sonntag, der 17. Juni 1990. – Liebe Frau Präsidentin, Sie waren damals Gast der Volkskammer. Das steht jedenfalls so im Protokoll: Begrüßung der Bundestagspräsidentin, Frau Prof. Dr. Süßmuth, und des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Dr. Vogel. – So ist das damals gewesen.

Ich sehe in die Runde. Ich habe mir die Liste genau angesehen. Leider treffe ich nicht alle Kollegen, die damals geredet haben. Bitte, verzeihen Sie mir: Der einzige von damals, der auch heute hier ist, ist Herr Maleuda. – Nein, jetzt ist er wieder weg. Fürchterlich ärgerlich!

Dann ist etwas Seltsames passiert. Ich lese vor:

Die Volkskammer beschließt mit Mehrheit, den Antrag der Fraktion der DSU an den Ausschuß Deutsche Einheit federführend, den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform zu überweisen.

Welcher Antrag war das? – Es war der Antrag, sofort, am 17. Juni, nach Art. 23 beizutreten. Damals hat der Abgeordnete Rainer Ortleb, damals Fraktionschef, anders votiert – Rainer Eppelmann, du warst dabei, du kannst dich gut erinnern –, weil wir damals keine Einheit mit Hast haben wollten. Wir sind damals dieser Überzeugung gewesen. Da gibt es einen Satz von mir, den ich zitieren darf:

Er ist die Konsequenz aus dem gewesen, daß für lange Nachbesserungen, Veränderungen und andere Dinge nicht mehr die Zeit ist, nachdem die Ereignisse und die Dynamik des Prozesses so gelaufen sind.

Das war damals die Situation. Und trotzdem! Ich hatte formuliert:

Vernunft hat uns bisher davon abgehalten, das sofort und unter Ausschaltung des Denkwerkes zu tun.

Das war eine Formulierung von damals. Und dann gab es noch eine etwas kluge Geschichte. Herr Schulz ist auch hier. Herr Schulz, wir hatten einen klei-

nen Disput, und der ging wie folgt. Ich hatte formuliert – wegen der Frage Einheit –:

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

(Heiterkeit ...)

Aber ich hatte dann hinzugefügt:

... der Spruch heißt nicht:

Drum prüfe ewig, wer sich bindet.

Und da haben Sie mich gefragt, ob ich geheiratet hätte, und ich habe wörtlich geantwortet:

Nein, nein, Herr Schulz, ich hatte schon.

Das war für mich der 17. Juni Nummer zwei. Es war ein spannender Tag. Herr Schulz, Sie geben mir sicherlich recht – und da unsere Parteien normalerweise total über Kreuz sind: wenn ich Sie als Zeugen benenne, weiß jeder, daß es ehrlich gemeint ist –: Es war eine spannende Zeit, die wir als Laien mühsam gemeinsam bewältigt haben. Ich danke Ihnen auch ganz persönlich dafür. Und unsere Wortspiele waren ja in der Volkskammer bekannt.

Jetzt komme ich – noch in diesem Teil, ehe ich zu dem anderen übergehe – auf etwas, was mich damals sehr betroffen gemacht hat. Frau Lengsfeld, ich bin – das erkläre ich Ihnen – ein geborener Feigling. Ich habe in der DDR versucht, das Beste aus der Geschichte zu machen, die damals war. Ich habe mich in kein Gefängnis begeben, aber wenn Sie meine Studenten aus Rostock oder Dresden fragen: Ich habe immer ein offenes Ohr für Probleme gehabt und habe immer meine Flügel ausgebreitet, wenn es sein mußte. Trotzdem: Ich bin ein geborener Feigling. Ich erkläre das.

Warum erkläre ich das jetzt? Weil ich bei aller Aufarbeitung von Vergangenheit eines wohl nicht vergessen werde – ich berufe mich wieder auf das Protokoll –: Ein Abgeordneter Opitz erklärte sich dann: Haben Sie Zweifel, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands in Ordnung sei? Damit wurde ein Abgeordneter Modrow angesprochen. Dieser Abgeordnete Opitz hat dann wenige Wochen später ein schlimmes Schicksal erfahren: Man hat ihn verdächtigt, Zuträger der Staatssicherheit gewesen zu sein. Weil der Name Opitz in Deutschland nun weiß Gott kein ungewöhnlicher Name ist, hat er Wochen und Monate gebraucht, bis er rehabilitiert war.

Also, bei aller Aufarbeitung: Gerechtigkeit muß auch sein!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt komme ich zum dritten und letzten 17. Juni, und das ist der heutige. Ich bin dem Schicksal dankbar, daß ich ausgerechnet an diesem Tag, dem 17. Juni, hier in diesem Bundestag reden kann.

Ich streife das ganze Publikum. Frau Enkelmann, seien Sie mir nicht böse, wenn ich mir jetzt einen Scherz erlaube: Sie sind praktisch das Nationalste, was wir haben; Sie laufen immer in Schwarzrotgold.

(Heiterkeit)

Sie wissen, worauf ich angespielt habe.

Ich gehe die Runde durch: Ich danke Herrn Hilsberg, Herrn Vergin; ich will keine weiteren Namen nennen; Sie wissen alle, daß Sie angesprochen sind.

Gerd Poppe, wir haben uns zusammengerauft, und das war ziemlich gut; Werner Schulz, Gerald Häfner, auch wir waren nicht schlecht als Truppe.

Ich darf mich auch gegenüber der CDU verneigen. Mein Verbindungsmann dort ist insbesondere Rainer Eppelmann gewesen, ein Pfarrer, den ich als meinen persönlichen immer gerne gehabt hätte.

Und dann bedanke ich mich bei meinen eigenen Freunden. Ich darf mich verabschieden.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Rita Süsmuth: Bevor ich dem Abgeordneten Professor Dr. Elm das Wort gebe, zwei Anmerkungen: Die drei letzten Redner haben selbst gesagt, das sei ihre letzte Rede. Ich möchte im Namen des Deutschen Bundestages für Ihre Arbeit danken, insbesondere für das, was Sie in der Enquete-Kommission beigetragen haben. Wir werden auch Ihr Zeugnis nicht vergessen.

(Beifall im ganzen Hause)

Kollege Larcher, ausweislich des Protokolls haben Sie sich hinreißen lassen, offenbar gegenüber der CDU/CSU-Fraktion zu sagen: Ihr seid ein Pack! Das kann ich nicht ungerügt stehenlassen. Dafür muß ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das sollte eigentlich kein Zwischenruf sein! Aber wenn das so im Protokoll ist!)

– Das steht so im Protokoll. Das paßt heute auch überhaupt nicht in die Debatte. Aber Ordnung muß sein.

Es spricht jetzt der Kollege Elm.

Dr. Ludwig Elm (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission Deutsche Einheit schließt ihre rund dreijährige Tätigkeit ab. Ich gestehe, daß mich die Mitarbeit in der Kommission politisch und wissenschaftlich bereichert und der eigenen andauernden Selbstverständigung wichtige Impulse gegeben hat.

Nicht selten war es schmerzhaft, wenn dunkle, auch verbrecherische Seiten der Politik der SED und der Geschichte der DDR zur Sprache kamen. Andererseits wurde oft der eigene Widerspruch herausgefordert. Gerade unter dem Eindruck des vorliegenden Berichtes ist absehbar, daß es weitere Gründe und Themen zum Streiten geben wird.

Das heutige Datum steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Gegenstand und den Problemstellungen der Kommission. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 verdient nicht nur geschichtliches Interesse als Aufbegehren für soziale und politische Interessen in einer krisenhaften Situation der DDR oder auch als Würdigung der damals Widerständigen und der Opfer. In den repressiven und autoritären Methoden zur Bewältigung der damaligen Erschütterungen durch die SED und die sowjetische Militärmacht offenbarten sich bereits grundlegende Defizite im Verhältnis zu politischen und persönlichen Freiheiten, zu Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, zur Würde der Persönlichkeit eines jeden.

(Beifall bei der PDS)

Die Unverzichtbarkeit von Gewaltenteilung und einer kritischen Öffentlichkeit, wirklicher Pluralismus also, aber auch die Notwendigkeit steter Erneuerung demokratischer Legitimation – das sage ich ausdrücklich als persönliches Ergebnis des Nachdenkens während der letzten Jahre – sind Lehren des 17. Juni und der darauffolgenden Entwicklungen bis zum Scheitern des Realsozialismus.

Die im Bericht vorliegende Bilanz der Enquete-Kommission verdient eine differenzierte Würdigung. Pauschale Herabsetzungen werden ihr ebensowenig gerecht wie euphorische Überhöhungen. Es liegen nunmehr weiterführende Analysen vor, und es gab produktive Kontroversen.

Auch Passagen im Bericht der Mehrheit oder in Sondervoten der anderen Parteien sind für mich zustimmungsfähig, beispielsweise zur internationalen Politik beider deutscher Staaten, zur politischen Repression in der DDR, zur Rehabilitierung der Opfer politischer Verfolgungen, zur Umweltpolitik, zur Archivsituation oder auch das Votum der SPD zur Gedenkstättenpolitik.

Warum lehnen wir den Schlußbericht insgesamt ab? In diesem Rahmen möchte ich drei Gesichtspunkte hervorheben:

Erstens. In der Gesamtdarstellung werden die Herkunft, die Gesellschaft und die vielgestaltige widersprüchliche Lebenswirklichkeit der DDR nach meiner Einschätzung nicht angemessen erfaßt, sondern weithin verzerrt dargestellt. Voreingenommenheit, Pauschalurteile und davon beeinflusste selektive Betrachtungsweisen verabsolutieren die für sich genommen unbestreitbaren Momente der Bevormundung, der Repressionen und der Verfolgungen. Es ist zutreffend, daß Chancen und Lebenswertes nur gegen das System erlangt oder bewahrt werden konnten.

Zweitens. Mitglieder der Kommission und manche Experten und Zeitzeugen trugen dazu bei, daß die tendenzielle Parallelisierung von DDR und nationalsozialistischem Verbrecherstaat heute in Politik, Medien, in Teilen von Bildung und Wissenschaft nahezu alltäglich und unwidersprochen stattfindet. Sie vergiftet das politische Klima, indem Feindbilder aus den kältesten Jahren des kalten Krieges wiederbelebt und übrigens – ob beabsichtigt oder fahrlässig – tendenziell die nazistische Eroberungs- und Ausrottungspolitik verharmlost werden. Manche Aussagen und Beschlüsse der Kommission förderten politische Diskriminierung und Sonderrechte in Ostdeutschland.

Drittens. Es verstärkt die bestehenden Asymmetrien der Geschichtsdiskussion und die Verzerrung des Bildes der Zeitgeschichte seit 1945, daß in beiden Enquete-Kommissionen die Bundesrepublik und ihre Gesamtgeschichte nur peripher und vorwiegend recht unkritisch in die Untersuchungen und Wertungen einbezogen wurden.

Die häufigen Vergleiche zwischen Aufarbeitung von Vergangenen nach 1945 und nach 1989/90 bleiben in diesen gesamten Debatten häufig hinsichtlich der Nachkriegsperiode oberflächlich und unscharf.

Ich schließe mich der heute und hier bereits geäußerten kritischen Bewertung des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegsperiode ausdrücklich an.

Mit unserem Entschließungsantrag wollen wir im Kontext des vorliegenden Berichts auf Probleme im gegenwärtigen Verlauf der Geschichtsdiskussion im Lande hinweisen und Erwartungen an die künftigen Bemühungen auf diesem wichtigen und schwierigen Feld ausdrücken. Die Vertreter der PDS haben sich am gesamten Arbeitsprozeß der Kommission beteiligt und eine Reihe von Einzelvoten für den Schlußbericht eingebracht.

Ungeachtet diskriminierender Momente, denen wir verschiedentlich ausgesetzt waren, würdige ich diese Möglichkeit der Mitwirkung, die die SED ihren Kritikern und den oppositionellen Minderheiten nicht eingeräumt hat. Allerdings muß auch die Diskriminierung heute abschließend benannt werden: vom Ausschluß aus den vorbereitenden Gesprächen zur Einsetzung einer Kommission und bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs für eine Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, von der Verweigerung des Stimmrechts für uns in der Kommission bis zu den ausgrenzenden Regelungen in der Satzung dieser Stiftung, die sich ausschließlich gegen die PDS richten.

Unter der zuletzt genannten Voraussetzung werden wir uns bei der anschließenden Wahl der Vertreter des Bundestages im Stiftungsrat der Stimme enthalten. Wir haben keinen Grund, gegen die von den Fraktionen benannten Persönlichkeiten zu votieren. Sie müssen uns aber zubilligen, daß wir keiner Wahl zustimmen können, bei der die politisch willkürliche Diskriminierung der PDS ein wesentlicher Bestandteil ist.

Lassen Sie mich mit einer treffenden Aussage von Lothar de Maizière aus den letzten Tagen abschließen. Ich zitiere:

Solange den Ostdeutschen – und eben nur diesen – ständig ihre Vergangenheit vorgehalten wird, wird es die innere Einheit nicht geben.

Er fuhr fort:

Was mich irritiert: Von diesen Vorhaltungen profitieren in unserem politisch vereinten Land nur wenige. Und dennoch beteiligt sich daran die Mehrheit – stumm und gleichgültig.

Bleiben wir zuversichtlich, daß es nicht bei dieser Situation bleibt und daß schließlich auch durch die internationale Diskussion um die Bilanz und die Lehren des zu Ende gehenden Jahrhunderts neue Horizonte und neue Perspektiven erschlossen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht in der Debatte der Kollege Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe anwesende Mitglieder der Enquete-Kommission! Liebe Mitarbeiter des Sekretariats! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einigen Tagen liegt die deutsche Übersetzung des „Schwarzbuches des Kommunismus“ immer griffbereit in meiner Nähe, damit ich jeweils dann, wenn ich Zeit dazu habe, ein Stück weiter in dieser Chronik des Schreckens blättern und lesen kann.

Ganz am Ende dieses dicken Buches wird aus einem Text von Wassilij Grossmann zitiert. Er war Kriegskorrespondent in Stalingrad und ein Schriftsteller, der erleben mußte, wie der KGB das Manuskript seines Hauptwerkes „Alles fließt ...“ konfiszierte. In diesem erst nach Grossmanns Tod veröffentlichten Buch stehen jene Sätze, mit denen das „Schwarzbuch des Kommunismus“ schließt und die mich einfach nicht mehr loslassen wollen. Da heißt es in unerbittlicher Einfachheit:

Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens. Ja, ja, in der Zeit der totalen Unmenschlichkeit wurde offenbar, daß alles mit Gewalt Geschaffene sinnlos und vergeblich ist, ohne Zukunft lebt, spurlos bleibt.

Wir haben uns in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ oft gefragt und fragen lassen: Wo ist der Schlüssel zu finden, der uns den Zugang öffnet zu jener Vergangenheit, die im Herbst 1989 an ihr Ende kam? Wie können wir verstehen, was da mit 16 Millionen Menschen geschah, zu denen doch auch wir gehörten? Waren die mehr als 40 Jahre DDR wirklich verlorene Jahre? Wie bringen wir zusammen, daß es da soviel guten Willen gab und dann dieses große Schei-

tern? Was war der Grundfehler jenes Systems, an dem wir je mehr gelitten haben, je länger es bestand, und von dem wir doch wußten, daß viele seiner überzeugten Vertreter von der Vision einer Zukunft vorangetrieben wurden, in der der Mensch endlich ganz zu sich selbst kommen sollte? Weshalb diese große Pleite bei so großem Einsatz? Wassilij Grossmann gibt die so schrecklich einfache, aber einfach richtige Antwort: Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens. Alles mit Gewalt Geschaffene ist sinnlos und vergeblich, lebt ohne Zukunft und bleibt spurlos. – Die Wahrheit dieser Sätze müssen wir begreifen und zum Maßstab all unseres Handelns machen.

Lassen Sie mich ein wenig darüber nachdenken, was diese Sätze des russischen Schriftstellers für uns heute sagen könnten.

Erstens. Am Ende unseres Jahrhunderts, das eine Epoche der totalitären Diktaturen gewesen ist, müssen wir begreifen: Unmenschlichkeit lohnt sich einfach nicht. Was mit den Mitteln des Terrors und der Gewalt durchgesetzt wird, hat keinen Bestand. Die Regime, die sich auf Unmenschlichkeit und Gewalt stützten, konnten keine Zukunft haben. Sie waren von Anfang an zum Untergang verurteilt, selbst dann, wenn dies in grausiger Gegenwart manchmal noch anders auszusehen scheint.

Zweitens. Ich glaube, es gehört zu den großen Hoffnungszeichen unserer Zeit, daß Unmenschlichkeit und Gewalt mit den Mitteln der Gewaltlosigkeit überwunden wurden und überwunden werden können. Als wir im Herbst 1989 in der DDR aus den Kirchen hinaus auf die Straßen auf die Straße mit dem Ruf „Keine Gewalt!“ gingen, wußten wir nichts von Wassilij Grossmanns einfacher Wahrheit. Manche von uns hatten vielleicht das Wort Jesu von der Bergpredigt im Kopf, nach dem die Sanftmütigen das Erdreich besitzen werden. Die meisten von uns wußten nur: Wo soviel Gewalt der Sicherheitskräfte, des Staatssicherheitsdienstes, der Kampftruppen und der Nationalen Volksarmee präsent ist, da hat, wenn überhaupt etwas, nur Gewaltlosigkeit eine Chance.

Drittens. Wenn Wassilij Grossmann recht hat – ich bin zutiefst davon überzeugt, daß alles Unmenschliche und mit Gewalt Geschaffene sinnlos und vergebens ist –, dann sollten sich von dieser Einsicht gerade auch diejenigen ansprechen lassen, die bis zuletzt darauf hofften: „O Gott, laß doch den Kommunismus siegen!“ So hat es Wolf Biermann in seinem großen Kölner Konzert im November 1976 gesungen, worauf die SED-Machthaber nur noch mit der Ausbürgerung des Liedersängers zu antworten wußten. Damals begann das Ende der SED-Diktatur. Wieder einmal war es ein November, in dem deutsche Weichenstellungen vorgenommen wurden.

„O Gott, laß doch den Kommunismus siegen!“ Das war doch die große Hoffnung auf einen Kommunismus ohne Unmenschlichkeit, Gewalt, Menschenverachtung, Gängelei, Staatssicherheitsdienst und Mauer. Die SED-Machthaber konnten diese Hoffnung nicht ertragen und verjagten deshalb den Liedersänger aus ihrem Land. Deshalb entließen sie so viele aus der Staatsbürgerschaft des ersten sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden. Des-

halb bespitzelten Hunderttausende ihre Mitmenschen, und deshalb mußten so viele in die Gefängnisse.

Erst ganz zum Schluß begriffen wenigstens einige der SED-Machthaber in unserem ummauerten Land mit seinen 16 Millionen eingesperrten Menschen: Alles Unmenschliche und mit Gewalt Geschaffene ist sinnlos und vergebens. Vielleicht gab es deshalb in der DDR keine „chinesische Lösung“. Der Alexanderplatz wurde nicht zum Platz des Himmlischen Friedens. Mit der Politik der runden Tische im ganzen Land begann die friedliche Revolution, die eine Einladung zur Mitwirkung an alle die einschloß, die bereit waren, menschlich und gewaltlos mitzuarbeiten. Diese Einladung besteht weiter; sie richtet sich besonders an diejenigen, die vom Sozialismus in den Farben der DDR alles erhofft hatten und für die im Herbst 1989 eine ganze Welt und ihre ganze Zukunft zusammenstürzte. Wo Menschlichkeit und Gewaltlosigkeit als Grundlagen unseres gemeinsamen Handelns anerkannt sind, da können wir sinnvoll, ereignisreich und bleibend zukunftsorientiert arbeiten, so mühevoll auch immer dieser Weg sein mag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Prozeß der deutschen Einheit ist schwieriger, als viele von uns zunächst geglaubt haben. Erst einige Zeit, nachdem die Mauer gefallen war, begriffen wir, wie weit wir uns auseinandergeliebt hatten. Über Jahrzehnte waren unsere Lebensperspektiven so völlig unterschiedlich. Das gemeinsame Fernsehprogramm ersetzte nicht das tatsächliche Zusammenleben, so sachkundig wir uns in der DDR in allen Problemen des Westens auch fühlen mochten. Die Menschen in Westdeutschland kannten sich doch besser in Rom, Washington und Neu-Delhi aus als in Görlitz, Dresden, Halle oder gar Warschau, Prag und Moskau. Die nationale Freude beim Fall der Mauer glich der freudigen Begegnung von Verwandten, die sich lange nicht gesehen hatten. Erst danach lernte man sich näher kennen. Nun geht es uns im vereinigten Deutschland wie in einer richtigen Familie: Der gemeinsame Alltag ist anstrengend. Wo man sich nicht darum bemüht, dem anderen zuzuhören und auch die nicht ausgesprochenen Sätze sorgfältig zu registrieren, da kommt es schnell zu Mißverständnissen. Das tut gerade dann weh, wenn man weiß, daß wir eigentlich zusammengehören.

Ich sage all das nicht aus großer Enttäuschung, sondern weil ich uns noch mehr Mut zum Realismus machen möchte. In einer Familie wird ja gerade deshalb manchmal so heftig gestritten, weil man weiß: Wir gehören zusammen, wir sind uns nicht gleichgültig. Daß dieses Wissen vorhanden ist, dessen bin ich mir völlig sicher. Verhalten wir uns im vereinten Deutschland nicht wie jede normale Familie? Wenn es ernst wird, wenn die Ortschaften an der Oder im Wasser versinken oder ein ICE in die Katastrophe rast, dann stehen wir zusammen. So ist es doch. Ich möchte Mut machen wahrzunehmen, daß das so ist, auch wenn die gegenseitigen Enttäuschungen, Mißverständnisse und Überforderungen Anlaß zu Ärger und Sorge geben. Wir müssen auch darin die Tatsache anerkennen, wie weit die Normalisierung im vereinten Deutschland bereits vorangeschritten ist.

Das alles verdeckt nicht die tatsächlichen Schwierigkeiten, mit denen wir noch immer zu kämpfen haben. Die Pleite der SED-Diktatur – sie war in jeder Hinsicht eine ganzflächige: im juristischen, moralischen, ökonomischen, ökologischen, finanztechnischen und wirtschaftlichen Bereich – verursacht Folgekosten in Billionenhöhe, die wir alle gemeinsam tragen müssen. Die Umstellung der Lebensverhältnisse verlangt den Menschen in den neuen Ländern viel ab. Besonders ältere Menschen sehen sich da überfordert. Die Opfer der SED-Diktatur fragen, ob ihre Leistungen materiell und moralisch wirklich ausreichend anerkannt werden. Viele Menschen zweifeln, ob der demokratische Rechtsstaat wirklich in der Lage ist, das SED-Unrecht juristisch befriedigend aufzuarbeiten. Mit Trauer sehen viele, daß manches, was in der DDR mit viel Mühe aufgebaut und gegen die Machthaber durchgesetzt wurde, heute nicht fortgeführt werden kann. Mit Erbitterung wird registriert, wenn Funktionsträger des überwundenen Systems sich wieder ein warmes Plätzchen sichern konnten, während andere, die sich damals nicht beugten, heute dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können.

Die Folgen der SED-Diktatur lasten auf uns allen im vereinten Deutschland. Wir sind sehr unterschiedlich davon betroffen, aber zu tun haben wir alle damit. Ich glaube, es ist an der Zeit, uns das offen einzugestehen. Eine Last, über die offen geredet wird, läßt sich meist leichter tragen. Wichtig ist dann aber auch, daß wir keine Taschenspielertricks dulden und daß kein Verwischen von Verantwortlichkeiten stattfindet.

Wir haben es bei allen Schwierigkeiten im vereinten Deutschland heute vornehmlich damit zu tun, die Folgen der SED-Diktatur aufzuarbeiten. So wie wir nach dem Ende des von der ersten deutschen Diktatur ausgelösten Krieges unser zerstörtes Land wieder aufbauen mußten, so müssen wir heute nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur als Folge der vielen Fehlentscheidungen der Regierenden der SED-Diktatur die neuen Länder gemeinsam wieder aufbauen.

Wir sollten in der aktuellen Diskussion zum einen die Antwort auf die Frage nach der Schuld und zum anderen die Notwendigkeit, uns durch Erinnern vorwärts zu bewegen, nicht vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein Volk, das sich seiner Geschichte nicht erinnert, begibt sich zumindest in die Gefahr, die einmal gemachten Fehler zu wiederholen. So dumm sollten wir nicht sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat versucht, sich all den Problemen, den kritischen Fragen, der Empörung, der Trauer und der Resignation zu stellen. Das Aufzeigen von Problemen war uns wichtiger als das Herzeigen von Erfolgsbi-

lanzen. Ich wünsche mir manchmal, daß wir uns im Zusammenhang mit der Beurteilung dessen, was in den letzten acht Jahren tatsächlich geleistet worden ist, auch einmal vorstellen würden, wie es den Franzosen heute ergehen würde, wenn sie 1990 beschlossen hätten, aus eigener Kraft die Lebensverhältnisse und die Lebenschancen der Polen den französischen anzugleichen.

Vieles von dem, was wir in den gut drei Jahren unserer Arbeit gehört und gelernt haben, steht in unserem Bericht. Mehr noch werden Sie in den umfangreichen Materialien der Enquete-Kommission nachlesen können, die etwa in einem halben Jahr im Druck vorliegen werden. Wir haben nicht alles geschafft, was wir erreichen wollten. Wir haben uns auch gestritten. Die Sondervoten in unserem Bericht machen dies deutlich. Wichtig aber ist mir, daß wir zumindest in vier Bereichen, die für die Zukunft wichtig sind, weitgehende Übereinstimmung erreichen konnten:

Erstens. Auf Vorschlag und nach intensiver Vorarbeit der Enquete-Kommission hat der Deutsche Bundestag die Gründung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beschlossen. Wir wissen, daß die akademische Forschung inzwischen voll im Gange ist. Trotzdem waren wir der Meinung, daß all den unabhängigen Gruppen und Opferverbänden eine Basis geschaffen werden muß, auf der sie ihre wichtige Arbeit fortsetzen und für die Zukunft sichern können. Wenn jenes Gespräch weitergeführt werden soll, das zum Gelingen der deutschen Einheit notwendig dazugehört, dann darf die Stimme der unabhängigen Gruppen und Opferverbände nicht verstummen. Dann muß möglichst großzügig und sensibel dafür gesorgt werden, daß ihr Erbe einen angemessenen Platz findet.

Zweitens. Mit großer Sorgfalt hat sich die Kommission mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir im vereinten Deutschland mit den Gedenkstätten umzugehen haben. Die Gedenkstätten halten die Erinnerung an Unmenschlichkeit und Gewalt in unserer Erinnerung fest. Sie ehren das Andenken der Opfer. Sie bezeugen, daß es im Gegenüber zu Unmenschlichkeit und Gewalt immer auch Opposition und Widerstand gegeben hat. Mit besonderer Sorgfalt haben wir uns an den Orten zu bewegen, die mit der Erinnerung an die Opfer beider deutscher Diktaturen verbunden sind. Wir dürfen den unterschiedlichen Charakter der Diktaturen nicht verwischen. Wir dürfen die Situation der Opfer und die Motive von Widerstand und Opposition nicht egalisieren. Wir müssen aber an solchen Orten einer „doppelten Vergangenheit“ in der Erinnerung wachhalten, daß diese Orte, die ja zugleich auch die Friedhöfe vieler Opfer sind, Brennpunkte von Unmenschlichkeit und Gewalt waren. Diese Orte wären ohne Sinn und Zukunft, wenn wir sie nicht zu Lernorten werden lassen.

Drittens. Die Enquete-Kommission hat den Blick immer wieder auch auf das östliche Europa gerichtet. Was wären Opposition und Widerstand in der DDR ohne die vielfältigen Verbindungen nach Polen, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und gelegentlich auch in die Sowjetunion gewesen? Wir haben uns von unseren Freunden über ihre heutigen Probleme berichten lassen. Wir haben sie gefragt, wie sie mit der Aufarbeitung einer Vergangenheit umgehen,

die auch bei ihnen noch qualmt. Wir wissen: Sie haben es sehr viel schwerer als wir, aber noch immer können wir von ihnen lernen.

Ich glaube aber auch, wir haben ihnen gegenüber eine Verpflichtung. Sie haben uns nicht nur beigestanden, als wir die ersten Schritte auf dem Weg von Opposition und Widerstand machten, sondern sie haben auch ein deutliches Ja gesagt, als ihnen die Frage vorgelegt wurde, ob es wieder ein vereinigtes Deutschland in Europa geben solle. Diese unsere Freunde im östlichen Europa hätten alle gute Gründe gehabt, sich angesichts der historischen Erfahrungen zu verweigern. Sie haben uns und der demokratischen Bundesrepublik vertraut. Dieses Vertrauen verpflichtet uns auf Dauer. Dabei geht es nicht nur um materielle Hilfe. Zu unserer europäischen Zukunft gehören die Freunde im Westen wie im Osten, im Süden wie im Norden. Sie schauen auf uns mit Sympathie, aber wohl auch mit Aufmerksamkeit. Sie haben vor dem Hintergrund ihrer historischen und gegenwärtigen Erfahrungen Grund zu beidem.

Viertens und letztens. Schließlich möchte ich auf die übergreifenden Stellungnahmen zum Sondervotum der PDS zum Bericht der Enquete-Kommission hinweisen, wo es heißt – ich zitiere –:

Beschämend wie unkritisch ist die für die heutige Geisteshaltung der PDS bezeichnende Fragestellung, ob denn „jede in der DDR straffällig gewordene Person heute als Opfer beurteilt und geehrt werden“ muß. Besonders bedrückend ist dabei die Tendenz, die politischen Opfer zu bagatellisieren und zu relativieren, um auf diese Weise die Unrechtsdimensionen des SED-Systems zu verharmlosen.

Ich erkläre dazu: Eine Partei, die sich so zu den Opfern der SED-Diktatur äußert, hat den Boden des antitotalitären Konsenses der demokratischen Parteien noch nicht erreicht

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und kommt deshalb bis auf weiteres für parlamentarische Bündnisse und Absprachen auf Regierungsebene nicht in Betracht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darum ist meiner Meinung nach eine Erinnerung an den historischen Händedruck nicht platter Wahlkampf, sondern hat tatsächlich etwas mit Erinnerung an unsere Geschichte zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU – Detlev von Larcher [SPD]: Das ist unglaublich! Das ist wirklich unglaublich, Herr Pastor! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Du sollst nicht reden wider deinen Nächsten, Herr Pastor!)

Es sollte daran erinnert werden, daß dieser Händedruck damals ein Zwangshändedruck war, heute aber freiwillig etwas in dieser Art vollzogen worden ist. Darin liegt der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU – Detlev von Larcher [SPD]: Es ist nicht zu glauben!)

Zum Schluß möchte ich allen Mitgliedern der Enquete-Kommission, insbesondere auch ihren Sachverständigen, für die geleistete Arbeit danken. Ich danke dem Bundespräsidenten und der Präsidentin des Deutschen Bundestages, die die Enquete-Kommission in bemerkenswerter Weise unterstützt haben. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat der Kommission und in den Fraktionen, ohne die die pünktliche Fertigstellung des heute vorgelegten Berichtes sicher sehr schwierig geworden wäre.

Ich bitte Sie alle herzlich: Tragen Sie dazu bei, daß die umfassende Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur auch weiterhin als die Grundaufgabe im Prozeß der deutschen Einheit begriffen wird. Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam lösen.

(Detlev von Larcher [SPD]: Sie wollen uns doch gar nicht! Sie desavouieren uns doch dauernd!)

Wenn wir uns dieser Aufgabe stellen, dann nützen wir uns allen im vereinten Deutschland am meisten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Das Wort hat jetzt der Kollege Stephan Hilsberg.

Stephan Hilsberg (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder von Ihnen, der einmal in einer Enquete-Kommission mitgearbeitet hat, wird die Fragen, die sich einem nach so langer und durchaus stressiger Arbeit zum Schluß stellen, kennen: Was haben wir da geleistet? Hat sich das überhaupt gelohnt?

Auf der Habenseite der Bilanz der Enquete-Kommission „Deutsche Einheit“ stehen zweifellos die bereits installierte Bundesstiftung für Aufarbeitung und das parteiübergreifende Bekenntnis zur dauerhaften Mitfinanzierung vieler Gedenkstätten – auch durch den Bund –, die an die Opfer der zweiten deutschen Diktatur erinnern sollen.

Aber es gibt auch Defizite. Niemandem wird entgangen sein, daß das Interesse an der öffentlichen Arbeit, also an den Anhörungen unserer Kommission, in den vergangenen zwei Jahren spürbar nachgelassen hat. Das war in der ersten Kommission ganz anders. Damals lautete die bange Frage: Kann der Bundestag, können die unterschiedlichen Parteien die Vergangenheit der deutschen Teilung und der SED-Diktatur denn überhaupt gemeinsam aufarbeiten? Der

Nachweis gelang uns erstaunlich gut. Deshalb bekam die Nachfolgekommission einen ehrgeizigeren Auftrag, nämlich den, nicht nur die Teilungsgeschichte selbst, sondern auch deren Überwindung aufzuarbeiten. Diese Aufgabe haben wir nur zum Teil bewältigt.

Wohl haben wir uns mit der Rehabilitierung der Opfer, der Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung, dem Bildungswesen, der Wissenschaft und Forschung, der Wirtschaft, dem Sozialwesen und nicht zuletzt dem Alltag beschäftigt. Wohl haben wir in allen Fällen hochinteressante und nachlesenswerte Anhörungen durchgeführt und sicher auch gewichtige Berichte verfaßt sowie bedenkenswerte Ratschläge für das nächste Parlament erarbeitet.

Doch zur eigentlich spannenden Frage der Nachwirkungen der SED-Diktatur in der politischen Kultur und im Rahmen der weiterwirkenden kommunistischen oder auch postkommunistischen Traditionen und ihrer Geltungsansprüche, die nicht selten verlogen sind und Ressentiments erzeugen, sind wir nur selten – ich meine, zu selten – vorgestoßen. Dies hat damit zu tun, daß die Kommission nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart aufarbeiten wollte. Hier schlummern Konflikte, die eine außerordentliche Sprengkraft entfalten können.

Deutschland befindet sich in einer schwierigen Phase seiner Vereinigungsgeschichte, die wir alle als unsere Gegenwart erleben. Gespräche zwischen Ost und West finden nur selten statt, ja man tüfelt noch an den Vorzeichen, unter denen sie stehen sollten. Die einen sprechen von Versöhnung und Amnestie; andere malen abgehackte Hände auf Plakate; dritte schreien nach Umverteilung; wieder andere versuchen immerfort, ostdeutsche Biographien zu schützen. Wer soll sich denn da noch zurechtfinden?

Statt eine klare übersichtliche Situation zu präsentieren, überlagern dichte Nebelschwaden das Bild der politischen Kultur in Deutschland.

(Detlev von Larcher [SPD]: Ja!)

Das muß geklärt, muß aufgeklärt werden. Dabei geht es nicht nur um die alte, untergegangene und nicht wiederherstellbare SED-Diktatur, um ihre Erben und ihr Erbe. Dabei geht es vielmehr auch um Selbstverständnisse, besser gesagt: Mißverständnisse der alten Bundesrepublik. Es geht nicht einfach nur um Sünden, die begangen wurden und die man sich um die Ohren haut – oder auch mit Absicht nicht, was man dann Versöhnung nennt. Es geht auch nicht um ein verbindliches Erklärungsangebot für alle gemeinsam; denn hier würde Gemeinschaft und Gesellschaft verwechselt werden. Es geht überhaupt nicht um Erklärungen. Es geht vielmehr um ein anderes Klima. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem Tabus aufgebrochen werden können, keine Verdrängungen verordnet werden und in dem sich alle Menschen zu ihren Erfahrungen bekennen können, ohne Gefahr zu laufen, an den Pranger gestellt zu werden.

(Beifall der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Ein solches freies, den Mut zur Freiheit – der Freiheit der Entscheidung – vermittelndes gesellschaftliches Klima hat viel mit Aufarbeitung zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es so wichtig, daß auch in Zukunft Opfer von ihren traumatischen Erlebnissen berichten können, daß man auch in Zukunft die Staatssicherheit natürlich als eine verbrecherische, kriminelle Vereinigung bezeichnen kann. Man muß darüber sprechen können, daß die Entspannungspolitik natürlich auch Schattenseiten hatte und der Händedruck von Kohl und Honecker das Siechtum der DDR verlängerte. Man muß auch darüber sprechen können, daß der anhaltend große Einfluß der PDS den dringend notwendigen Modernisierungsprozeß in Ostdeutschland behindert und möglicherweise auch teurer macht.

Aufarbeitung ist die geistige Auseinandersetzung mit jenem Prozeß, den wir Geschichte nennen. Das Schicksal jedes einzelnen von uns ist darin eingebettet. Deshalb kann die Geschichte als einzige eine Erklärung dafür liefern, warum wir uns an jenem ganz spezifischen Ort namens Gegenwart befinden. Diesen aber müssen wir kennen, wenn wir uns mit Tatkraft in das Erbe von uns selbst gewählter politischer oder religiöser Traditionen stellen wollen, um von hier aus sowohl unser eigenes Leben zu meistern als auch politischen Einfluß auszuüben. Aufarbeitung kann Identität vermitteln, kann die Gesellschaft und ihre Kräfte transparent machen und kann so alte Fragen neu beantworten. „Aufarbeitung“, sagt Erhart Neubert deshalb, „ist Zukunftsgestaltung!“ Recht hat der Mann.

Wichtig ist daher die Aufarbeitung an den Schulen. Heute gehen zum Beispiel in Ostdeutschland noch immer unglaublich viele junge Menschen zur Jugendweihe, weshalb manche nicht müde werden, dies als ein Symptom von Ostidentität zu bezeichnen. Ich aber habe das Gefühl, daß den jungen Menschen nicht ein einziges Mal erklärt wurde, daß die Kommunisten in den 50er Jahren die Jugendweihe nur deshalb so propagiert und mit Druck durchgesetzt hatten, weil sie damit den Einfluß der evangelischen Kirchen auf die Jugend in der DDR brechen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Viele Menschen in Ostdeutschland glauben, daß der Kommunismus nur schlecht realisiert worden, in Wirklichkeit aber eine famose Idee gewesen sei. Wer sagt ihnen eigentlich, daß das eigentliche Problem in der skrupellosen, machtpolitischen Instrumentalisierung der kommunistischen Idee bestanden hat? Die Kommunisten waren doch nicht deshalb so schlimm, weil sie die Klassengesellschaft überwinden wollten, sondern deshalb, weil sie dafür millionenfaches Unrecht, Tod und Vertreibung hingenommen und sogar für historisch notwendig gehalten haben.

Die PDS aktiviert bis heute Ressentiments gegen den Rechtsstaat, was man daran erkennen kann, daß sie die Gewaltenteilung abschaffen will. Da will ich das Recht haben, auch in Zukunft öffentlich mein Mißtrauen in ihr Demokratieverständnis zu äußern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Dr. Uwe-Jens Heuer [PDS]: Können Sie das beweisen, Herr Hilsberg?)

– Herr Heuer, Sie haben ja selber den Verfassungsentwurf der PDS geschrieben und wissen genau, wovon ich spreche. – Ich will auch in Zukunft sagen können, daß Ihr faktischer Vorsitzender, Gregor Gysi, ein Stasi-Spitzel war.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Diesem Urteil muß sich ja nicht jeder anschließen. Aber dann sollte er sich zumindest gegen alle Tabuisierungsversuche wehren, wie sie die PDS gegenwärtig betreibt. Niemand will die PDS zum Verstummen bringen, wohl aber zum Eingeständnis der Wahrheit.

(Zuruf von der SPD: In der CDU sitzen auch Blockflöten! -- Zuruf von der CDU/CSU -- Gegenruf des Abg. Detlev von Larcher [SPD]: Hören Sie auf damit!)

– Ich komme schon noch zu Ihnen von der CDU. Halten Sie sich einmal zurück.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Es reicht!)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Herr Hilsberg hat das Wort.

Stephan Hilsberg (SPD): Es ist niederträchtig, wie diese Partei mit den Gefühlen der Menschen in Ostdeutschland spielt und sich geschickt in die Rolle des Märtyrers zu bringen versteht. Nur dann, wenn wir mutig und beherzt diese strategischen Spielchen offenlegen und zur Sprache bringen, werden sie ins Leere laufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann auch gelassen mit der Rote-Hände-Kampagne der CDU umgehen.

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]: Und mit der Koalition in Magdeburg? -- Lachen bei der SPD -- Detlev von Larcher [SPD]: Herr Schäuble!)

Heute, Herr Schäuble, ist der letzte Vorsitzende der Bauernpartei Mitglied der Gruppe der PDS. Er ist heute nicht da; er wird wahrscheinlich wissen, warum. Sein Stellvertreter, Herr Junghanns, sitzt mitten unter Ihnen in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das ist ja etwas ganz anderes!)

Deshalb, Herr Schäuble, schießt sich Ihr Generalsekretär, Herr Hintze, mit seiner gegenwärtigen Kampagne nur selbst ins Knie.

(Katrín Fuchs [Verl] [SPD]: Jawohl!)

Ein Teil der alten Nationalen Front aber ist ganz gut in diesem Bundestag gelandet. Es kann sein, daß dies die Mehrheit der Ostdeutschen gar nicht mehr juckt, weil sie in erster Linie berechtigtermaßen den wirtschaftlichen und sozialen Anschluß an die besseren Verhältnisse in den alten Bundesländern wollen. Doch der ist mit Geld alleine nicht zu erreichen. Wichtig scheint mir zu sein, daß wir uns in Zukunft mehr an der Lösung unserer Probleme als an unseren Ansprüchen orientieren sollten. Wir brauchen mehr Vertrauen in unsere eigene Tatkraft, aber auch Vertrauen in den Sozialstaat. Auch diese Erkenntnis ist übrigens ein Ergebnis der Vergangenheitsaufarbeitung.

Wer in die Geschichte Deutschlands schaut, wird feststellen, daß es den Deutschen immer dann gutging, wenn dem einzelnen genügend Freiheit gegeben war, sich zu verwirklichen, und gleichzeitig ein genügend starkes soziales Netz zur Wiederaufrichtung der Schwachen und Bedürftigen existierte.

(Siegfried Vergin [SPD]: Richtig!)

Mit diesem Rezept können wir sowohl den Wiederaufschwung der ostdeutschen Entwicklung erreichen als auch die Einigungskrise überwinden.

Wer diese Erkenntnis verinnerlicht hat, der kann auch in Ostdeutschland vor die Menschen treten und ihnen sowohl begründete Hoffnung vermitteln als auch an ihre Tatkraft appellieren. Insofern können wir froh sein, daß die Enquete-Kommission mit dem heutigen Tag ihre Arbeit einstellt, denn die Aufarbeitung muß von allen geleistet werden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Als nächster spricht in der Debatte der Kollege Gerald Häfner.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Prozeß der Aufarbeitung ist nicht beendet – das, so glaube ich, ist uns allen zum Ende dieser Debatte klar; wir stehen vielmehr mittendrin.

Mir persönlich war es von Anfang an wichtig, den Schwerpunkt meiner Arbeit in der Enquete-Kommission nicht so sehr auf die Fragen der historischen Aufarbeitung zu legen, und zwar auch deshalb, weil ich meine, daß es Kollegen im Hause und außerhalb gibt, die dazu weitaus berufener sind, als ich dies gewesen wäre. Ich habe mich insbesondere den Fragen zugewendet, von denen ich glaubte, daß dieser Bundestag da noch eine zwingende Aufgabe der Gesetzgebung und auch der Gestaltung hat. Es gab eine ganze Reihe solcher Aufgaben: von der Verbesserung der meines Erachtens unzureichenden Entschädigungs- und Rehabilitierungsgesetze bis zur Verstetigung des Prozesses der Aufarbei-

tung und gleichzeitigen Förderung von Beiträgen zur Aufarbeitung aus der Mitte der Gesellschaft durch die Errichtung einer Bundesstiftung.

Ich muß sagen: Dies alles ist gelungen. Wir hatten nach anfänglichen Unsicherheiten und gelegentlichen Spannungen in dieser Enquete-Kommission ein Klima und einen Stil, die ich dem ganzen Deutschen Bundestag für alle seine Sitzungen und Entscheidungen wünschen möchte. Wir haben eine Vielzahl notwendiger Änderungen in den Gesetzen, einschließlich der Errichtung dieser so notwendigen Stiftung, zum Teil auch gegen anfänglichen Widerstand in Fraktionen und Bürokratie durchgesetzt. Das ist eine Leistung, auf die die Kommission stolz sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Ich will einen weiteren Punkt beispielhaft hier nur kurz andeuten: Während wir schon mit der Formulierung unseres Abschlußberichtes beschäftigt waren, gab es noch einen weiteren, vorher in dieser Form nicht absehbaren Vorgang, der gar nicht originär in die Zuständigkeit unserer Enquete-Kommission fällt. Es ging dabei um den Verkauf des Hauses der Demokratie in Berlin. Sie wissen, das Haus der Demokratie ist ehemaliger Sitz der SED-Kreisleitung und ist auch der Ort, wo seit 1989 die Bürgerbewegung und ihre Nachfolgeorganisationen, die so lange keine Möglichkeit hatten, sich zu treffen und zu beraten, ihren Sitz hatten. Dieses Haus sollte verkauft werden. In Berlin war keine Lösung mehr absehbar.

Wir haben uns in die Gespräche eingeschaltet, und zwar nicht durch öffentliches Trara, sondern indem wir uns mit allen Beteiligten in unzähligen Gesprächen an einen Tisch gesetzt haben. Wir haben auch hier eine Lösung gefunden, die, wie ich meine, allen Seiten – dem Erwerber, den Mietern und Nutzern des Hauses wie auch der künftigen, aus der Enquete-Kommission heraus initiierten Stiftung – gerecht wird; denn diese Stiftung wird ihren Teilsitz im Haus der Demokratie haben. Ich glaube, daß dies eine kluge Entscheidung ist. Welchen besseren Ort für die Stiftung könnte es geben, abgesehen von der Lage Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden, als diesen ehemaligen Sitz der Hauptstadt-Nomenklatur-Kader der SED – diese wird übrigens häufig bei der Debatte über die Stasi als der eigentliche Drahtzieher und Befehlsgeber vergessen –, heute: Haus der Demokratie?

Auch ich halte heute meine letzte Rede im Deutschen Bundestag und möchte deshalb, wenn Sie erlauben, zum Schluß noch einen Gedanken aussprechen. Nur 53 Jahre liegt das Ende des Nationalsozialismus hinter uns, neun Jahre das Ende des DDR-Totalitarismus. Noch kann man die Spuren sehen, nicht nur in den kilometerlangen Akten, in den Geruchsproben und Handschriftensammlungen, die die Stasi angelegt hat. Ich empfehle allen, die das noch nicht getan haben, sich diese schrecklichen Dokumente eines totalitären Wahns einmal anzusehen. Nein, man kann es nicht nur dort sehen, nicht nur an den Gebäuden und an den Grabsteinen der Opfer. Man sieht es auch in den Gesichtern der

Lebenden. Diktaturen hinterlassen ihre Spuren für die, die in Gesichtern lesen können, unauslöschlich, ein Leben lang.

Erst wenn ich in die Gesichter dieser Menschen blicke, auf ihre Biographien, dann weiß ich, was für ein unendliches und im übrigen auch völlig unverdientes Glück ich hatte und viele hier im Hause hatten, jetzt mehr als 40 Jahre lang mit einem im Weltmaßstab doch ungewöhnlich großen Maß an persönlicher Freiheit, Frieden, sozialer und materieller Sicherheit und Demokratie aufgewachsen sein zu dürfen. Ich glaube, daß nicht nur der Blick in die eigene Geschichte, sondern auch der Blick um uns herum – aktuell etwa nach Kosova, nach Bosnien – zeigt, wie dünn doch das Eis ist, auf dem diese menschliche Kultur lebt, die wir alle eigentlich schon als selbstverständlich voraussetzen.

Dieses Innewerden macht meines Erachtens zugleich auch deutlich: Jeder einzelne von uns hat die Verpflichtung, mutig dafür zu sorgen, daß nicht nur im eigenen Umkreis, sondern daß weltweit Frieden, Freiheit, Demokratie und Solidarität erkämpft und gesichert werden. Das ist, glaube ich, die Konsequenz, die wir aus der Aufarbeitung des Totalitarismus ziehen können.

Ich meine, daß wir auch die Begriffe prüfen müssen, mit denen wir umgehen und nach denen wir unsere Entscheidungen treffen; denn – auch dies ist eine Erfahrung – das Böse kommt in der Regel nicht bewußt und gewollt in die Welt, sondern es ist häufig die Verzerrung eines ursprünglichen Ideals, eines guten Willens. Es ist für mich eine besondere Tragik zu erkennen, daß das Schlimmste, was in der Weltgeschichte angerichtet worden ist, meistens von Menschen angerichtet worden ist, die sich ein System ausgedacht hatten, mit dem sie glaubten, menschliche Gesellschaft, so wie sie sie verstanden haben, für die Menschen richtig und glückhaft organisieren zu können. Ich glaube, die Konsequenz daraus ist, sich weniger ein abstraktes Bild vom Menschen zu machen, als die konkreten Menschen vielmehr so zu akzeptieren, wie sie sind.

Ich glaube, daß eine zweite Konsequenz daraus folgt – das sei der letzte Gedanke –: Die französische Revolution hat die drei großen Ideale Freiheit, Gleichheit – man könnte auch sagen: Demokratie – und Brüderlichkeit – man könnte auch sagen: Solidarität – formuliert. Vieles an Vereinseitigung in der Geschichte liegt meines Erachtens daran, daß immer wieder versucht worden ist, von diesen dreien, die nur gemeinsam verwirklicht werden können, das eine auf Kosten des anderen zu erreichen, also möglichst viel Gleichheit zu erreichen und dabei die Freiheit der Menschen absolut mit Füßen zu treten. Aber auch in der anderen Richtung gibt es Vereinseitigungen. Gegenwärtig habe ich mehr Angst vor der anderen Vereinseitigung als vor dieser.

Deshalb mein Appell: Lassen Sie uns versuchen, bei all den Entscheidungen, die vor uns und vor Ihnen, die Sie hier im Parlament weiter wirken werden, liegen, diese Trias, die Gemeinsamkeit dieser drei Ideale zu begreifen und immer die Balance zwischen Freiheit, Demokratie und Solidarität, die Integration dieser drei zum Maßstab zu nehmen. Jeder Versuch der Vereinseitigung in die-

ser Trias ist meines Erachtens der Anfang von Unterdrückung und von Systemen, die sich gegen die Menschen kehren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich danke insbesondere Ihnen, Frau Präsidentin, dafür, daß Sie mit der Redezeit großzügig waren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Präsidentin Dr. Rita Süßmuth: Ich danke auch Ihnen, Herr Häfner. – Ich rufe jetzt den Kollegen Reinhold Hiller auf.

Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die meisten meiner Vorredner haben eine Biographie aus der damaligen DDR. Insofern trifft der Vorwurf nicht, daß dieser Aspekt bei der Arbeit der Enquete-Kommission, aber auch in der heutigen Debatte nicht berücksichtigt worden ist.

Ich komme aus Westdeutschland. Ich bin in Lübeck geboren und hatte die Grenze nach Ostdeutschland seit meiner Geburt ständig vor Augen. Ich muß sagen, daß mir diese Grenze immer etwas Irrationales, etwas Unerklärliches gewesen ist.

Nun mache ich einen Sprung – dies ist in der Debatte bisher nicht erwähnt worden –: Seit 1983 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an. Wie es sich für jemanden, der aus der größten deutschen Stadt an der Grenze kommt, gehört, habe ich versucht, meine Arbeit im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen zu gestalten. Dieser Ausschuß hat sich im wesentlichen damit beschäftigt, die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik unter verschiedenen Gesichtspunkten zu verbessern. Ich sage dies bewußt so, weil die Situation in der DDR in der westdeutschen Erinnerung völlig zu verblassen drohte. Aus Umfragen an Schulen weiß man, daß viele Menschen in der Bundesrepublik nicht wußten, wo die bedeutenden Städte in der DDR gelegen haben. Diesbezüglich gab es immense kulturelle und geographische Aufgaben in der Bundesrepublik. Es gab auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich so viele Menschen wie möglich aus Ost und West begegnen konnten.

Ich will noch etwas anführen, das heute in Vergessenheit geraten ist: Es gab Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, die sich vor der Hochrüstung auf beiden Seiten fürchteten. Es gab viele Demonstrationen in der Bundesrepublik; es gab die Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR. Ich meine, daß damals durchaus eine gemeinsame Gemütslage und eine gemeinsame politische Zielsetzung vorhanden waren. Das war die starke Angst der Menschen vor der Überrüstung in Ost und West.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Ich erwähne dies deshalb, damit die Motivation eines Politikers im Westen nachvollzogen werden kann.

Wir haben an jedem 17. Juni im Deutschen Bundestag – nicht in diesem Hause, sondern im alten Plenarsaal dort drüben – meistens sehr unkonventionelle Reden zur Deutschlandpolitik gehört, die häufig eine Diskussion über die Fraktionsgrenzen hinweg ausgelöst haben. Wir haben im Deutschen Bundestag sehr häufig zu existentiellen Fragen der Deutschlandpolitik gemeinsame Resolutionen parteiübergreifend verabschiedet. Daran möchte ich erinnern, weil dies mit zu dem Erleben der deutschen Teilung bis zur Wiedervereinigung gehört. Nicht zur Eskalation, sondern zu Sicherheit und Abrüstung sowie zur Begegnung in Europa gab es einen politischen Konsens in diesem Hause. Das möchte ich hier feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Ulrich Heinrich [F.D.P.])

Genauso wie die Politik Konrad Adenauers, die die Westintegration ermöglichte, dürfen wir die Denkschrift der EKD, den deutsch-polnischen Vertrag und den Kniefall von Willy Brandt nicht vergessen. Auch das gehört mit in diese Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Reiner Krziskewitz [CDU/CSU])

Genausowenig dürfen wir den Besuch von Erich Honecker vergessen. Ich meine das jetzt selbstkritisch: Die Liste derjenigen aus allen Fraktionen, die ihn gern treffen wollten, war immens lang. Auch das muß man hier selbstkritisch mit anfügen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das ist sehr ehrlich! – Ulrich Heinrich [F.D.P.]: Wie war das mit den Milliardenkrediten?)

Es kommt noch etwas hinzu – dazu gibt es im Minderheitenbericht der SPD-Fraktionsmitglieder einen Hinweis: Auch in der Bundesrepublik hat es in den 50er Jahren politisches Strafrecht gegeben. Vielen eifrigen Behördenmitarbeitern reichten das Tragen von roten Nelken zum 1. Mai, die Durchführung von Ferienlagern in der DDR und der Bezug von Publikationen aus der DDR schon aus, um Ermittlungsverfahren und Strafverfahren einzuleiten. Das gab es. Ich meine, auch in diesem Punkt ist Selbstkritik angebracht. Man sollte nicht nur immer die jeweils andere Seite in den Blick nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn Sie, Herr Eppelmann, haben richtig gesagt: Nur wenn man sich an die eigenen Fehler erinnert, wird man auch in dieser Hinsicht stark sein und den demokratischen Rechtsstaat, den wir alle wollen, festigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Deshalb haben wir dies in den Bericht mit hineingeschrieben.

Wir haben auch etwas zum „Sozialdemokratismus“ hineingenommen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch)

Ich glaube, Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, sollten es vermeiden, auch heute noch wie schon 1949 Plakate zu kleben, die die deutsche Sozialdemokratie diffamieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wissen ganz genau, daß die Sozialdemokratische Partei über eine genügend große demokratische Substanz verfügte und verfügt, so daß sie zwei Diktaturen widerstehen konnte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Hartmut Koschyk.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Von Karl Valentin stammt der Satz: Es ist alles gesagt, nur noch nicht von allen. In diesem Sinne möchte ich mich bemühen – und das, ohne das, was vorhin schon gesagt wurde, an dieser Stelle noch einmal aufzugreifen –, in gewisser Weise noch einmal unsere Kommissionsarbeit der letzten vier Jahre zusammenzufassen. Es ist sicher gut, wenn wir am Ende der Arbeit dieser Enquete-Kommission des Bundestages feststellen, daß wir uns in den demokratischen Fraktionen des Bundestages in weiten Teilen hinsichtlich der Bewertung der SED-Diktatur, aber auch hinsichtlich des Prozesses hin zur deutschen Vereinigung einig gewesen sind.

Verschiedene Redner haben schon ausgeführt, was sie dazu bewogen hat, in dieser Enquete-Kommission mitzuarbeiten. Mich hat folgendes bewogen: Man hat einer ganzen Generation in Deutschland den Vorwurf gemacht, den demokratischen Neuanfang nach 1945 nicht zu einer radikalen, tiefgehenden und weitreichenden Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in den Jahren 1933 bis 1945 genutzt zu haben. Als jemand, der 1959 in Westdeutschland geboren ist, habe ich als Abgeordneter dieses Parlamentes bei der Mitarbeit in dieser Enquete-Kommission meine Rolle darin gesehen, einer jungen Generation, die die SED-Diktatur und den Prozeß der deutschen Einheit aus der Rückschau betrachten wird, deutlich zu machen, daß es über zwei Legislaturperioden eine Kommission im Bundestag gegeben hat, die sich in großer Verantwortung und mit viel Mühe und Arbeit diesem Aufarbeitungsprozeß gestellt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir als Bundestag nicht ein Monopol für diese Aufarbeitung für uns in Anspruch nehmen. Selbstverständlich kann die Aufarbeitung nicht mit der Übergabe dieses Abschlußberichtes abgeschlossen sein. Wir sind uns einig gewesen, daß dieser

Aufarbeitungsprozeß fortgesetzt werden muß. Das reicht von den Formulierungen zur Gedenkstättenkonzeption – ich möchte mich bei Ihnen, Herr Verigin, bedanken, daß wir das einvernehmlich beschließen konnten – bis hin zu dem Einvernehmen, daß die Aufarbeitung in einer Stiftung fortgesetzt werden muß. Mit der Zustimmung aller demokratischen Fraktionen dieses Hauses haben wir deshalb ein entsprechendes Stiftungsgesetz verabschiedet.

Ich möchte mich beim Kollegen Häfner bedanken, dem es gelungen ist, in der schwierigen Frage eines Teilsitzes dieser Stiftung im Haus der Demokratie in Berlin einen Konsens mit allen notwendigen Organisationen zu erreichen.

Aber es ist auch gut und richtig, daß dieser Bericht deutlich macht, wo wir uns gestritten haben, wo wir nicht einig sind. Deshalb möchte ich namens meiner Fraktion das Sondervotum der SPD zum Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Transformation zurückweisen. Liebe Kollegen von der SPD, Sie tun dort so – Gerd Poppe hat dies vorhin auf den Punkt gebracht –, als lägen die Verantwortlichkeiten für das, was bis heute im Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Aufarbeitung noch nicht erreicht worden ist, eher bei dieser Bundesregierung als bei denjenigen, die diese Erblast verschuldet haben. Das ist nicht gut. Es ist auch deshalb nicht gut, weil Sie den Blick dafür verstellen, was alles erreicht worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

In einer beeindruckenden Solidarleistung der Deutschen sind die Veränderungen, die auf die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern zugekommen sind, in Gang gebracht worden.

Ein Wort zur PDS: Wir haben jemanden wie Herrn Schürer in diese Enquete-Kommission eingeladen und gehört. Er hat uns eindrucksvoll belegt, daß die Außenverschuldung der DDR 1989 eine nicht mehr beherrschbare Höhe angenommen hatte und schon deren bloßes Anhalten zu einer Verringerung des Lebensstandards um 30 Prozent geführt hätte. Es war Herr Schürer, der ehemalige Vorsitzende der Plankommission der DDR, der in dieser Enquete-Kommission gesagt hat: Die Marktwirtschaft hat sich geschichtlich in ihrer Innovationskraft der von uns praktizierten Art der zentralen Planwirtschaft als überlegen erwiesen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen zu dem Disput, wie wir mit der PDS umgehen. Ich habe in vielen Diskussionen in der CDU/CSU-Fraktion den schmerzlichen Prozeß des Umgangs mit der Geschichte bei denjenigen erlebt, die in der ehemaligen DDR als Teil der Blockparteien Mitglied der CDU waren oder gar Verantwortung getragen haben. Das ist ein schmerzhafter Prozeß, dem sich die Union gestellt hat. Sie müssen nur einmal nachlesen, was Leute wie Arnold Vaatz und andere in dem Prozeß des Umgangs mit dieser Vergangenheit bewirkt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Herr Vaatz ist nicht Fraktionsmitglied!)

Das muß ich Ihnen jetzt einmal sagen: Sie müssen schon auseinanderhalten können – und auch aushalten können –, daß es ein Unterschied ist, ob jemand in einer Partei, die zu den Blockparteien gehört hat, nur Mitglied gewesen ist oder aber auch Verantwortung getragen hat. Bei einem demokratischen Neuanfang – die Wiedervereinigung war sicherlich ein solcher; auch Ihre Partei ist da nicht frei von beeindruckenden Beispielen – müssen Sie jedem das Recht auf einen demokratischen Neuanfang zubilligen. Es gibt das Recht auf politischen Irrtum. Dem, der keine individuelle Schuld auf sich geladen hat und sagt „Das System war falsch“, müssen Sie dieses Recht zugestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Tilo Braune [SPD]: Nicht mit dem Finger nur auf die anderen zeigen!)

Ich finde es etwas traurig, daß Sie hier so tun, als gäbe es diese Diskussion in Ihrer Partei nicht. Viele von Ihnen haben die PDS in ihren heutigen Debattenbeiträgen richtig als das charakterisiert, was sie ist: Sie ist die Fortsetzungspartei der SED, mit all ihren Trickereien und Schiebereien, die der 2. Untersuchungsausschuß in seinem Abschlußbericht über die Verschiebung von Vermögenswerten festgestellt hat. Sie ist die Partei der Trickser, Täuscher und Lügner.

Es ist wirklich ein Unterschied, ob ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Bauernpartei in der ehemaligen DDR angehört hat oder ob Sie in Magdeburg mit einer Partei, die keinen Anspruch darauf hat, in den demokratischen Verfassungsbogen einbezogen zu werden, eine stille Koalition eingehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie sind übrigens auch den Mitgliedern Ihrer Partei, die das nicht mittragen, eine Auseinandersetzung darüber schuldig. Lieber Herr von Larcher, der Historiker Heinrich August Winkler, Mitglied Ihrer Partei, Professor an der Humboldt-Universität in Berlin, hat dazu Bemerkenswertes geschrieben. Tun Sie nicht so, als sei das nur eine Wahlkampfauseinandersetzung. Hochangesehene Mitglieder Ihrer Partei setzen sich mit Magdeburg auseinander.

Der frühere Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Herr Kissel, hat Ihre Partei nach 42 Jahren Mitgliedschaft wegen Magdeburg verlassen. Sie sollten daher nicht so tun, als gehörte dies nicht in eine Debatte über einen Abschlußbericht einer Enquete-Kommission, in der wir uns um des antitotalitären Konsenses in Deutschland willen einig werden und in der wir darüber streiten müssen, wie wir in Deutschland, in der Demokratie, mit einer Partei umgehen, die sich nicht selbstkritisch von der Staatspartei getrennt hat, die – das haben wir einvernehmlich formuliert – für die Diktatur, für dieses große Unrecht und das Leiden der Menschen in der ehemaligen DDR verantwortlich war.

Der Versuch, die zu verabscheuende Partei DVU in Magdeburg mit Hilfe der PDS zu bekämpfen, heißt, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. Das kann nie gelingen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Der Kollege Professor Heuer hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS): Der liebe Kollege Koschyk hat eben gesagt, die PDS sei eine Partei der Täuscher, Trickser und Lügner.

(Beifall des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Er sagt es einfach so dahin; er macht auch nicht den Ansatz einer Begründung. Das ist einfach nur parlamentarische Beschimpfung. Das kann man nicht ernst nehmen.

Er hat außerdem gesagt, daß wir uns mit unserer Vergangenheit nicht kritisch auseinandersetzen. Das ist einfach unwahr. Wenn Sie lesen, was meine Kollegen und ich schreiben, und hören, was wir hier sagen, erkennen Sie, daß das einfach nicht richtig ist. Meinen Sie, daß ernsthafte Menschen nach einem solchen Zusammenbruch nicht über seine Ursachen nachdenken? Das ist doch absurd. Natürlich denken wir darüber nach, warum das System gescheitert ist. Natürlich setzen wir uns mit den Ursachen dafür auseinander. Es gibt keine einzige Partei, die so viel über ihre Vergangenheit und Geschichte nachdenkt wie unsere – mit Grund; das ist wahr. Aber wir tun es auch. Was Sie uns in Wahrheit vorwerfen, ist, daß wir diese Vergangenheit nicht in Bausch und Bogen verwerfen. Es ist wahr: Das tun wir nicht. Wir halten am Ideal des Sozialismus fest und sind der Meinung, daß wir ein Recht dazu haben.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege Koschyk, möchten Sie etwas erwidern? – Nein. Herr Kollege Braune, ich gebe Ihnen das Wort.

Tilo Braune (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Koschyk, Sie wissen, daß ich Sie sehr schätze.

(Katrin Fuchs [Verl] [SPD]: Ehrlich?)

Ihrer Bemerkung vom Recht auf politischen Neuanfang kann man sehr gut folgen. Ich glaube aber, dies sollten Sie jedem einräumen, auch wenn er in einer Partei ist, deren Position auch ich nur sehr begrenzt oder überhaupt nicht teile.

Eine Bemerkung zur Motivation, die mich bewogen hat, in der Enquete-Kommission mitzuarbeiten, deren holprigen Namen ich selten benutzt habe. Ich habe sie viel lieber „Enquete-Kommission deutsche Einheit“ genannt. Nach der verdienstvollen Arbeit der Enquete-Kommission in der vergangenen Legislaturperiode ist es in dieser Enquete-Kommission entscheidend gewesen – das war meine Motivation –, aus der Beschreibung der Geschichte der Ausgangslage der zugrundegegangenen DDR 1989 plus der Beschreibung der Fehler, die im Transformationsprozeß gemacht worden sind, Folgerungen für politische Handlungsansätze der Zukunft abzuleiten.

Wir sind keine Historiker, sondern politisch tätige Menschen. Es geht darum, Lehren aus dem Zusammenbruch eines politischen Systems, Lehren aus einem Transformationsprozeß zu ziehen, der – teils durch die historischen Umstände,

teils aber auch durch politische Determination derer bedingt, die es mitzubestimmen hatten – zumindest zum Teil nicht effektiv gelaufen ist. Dies zu verbessern und hieraus Lehren für künftiges politisches Handeln zu ziehen, ist für mich das Entscheidende gewesen.

In dieser Enquete-Kommission haben viele kluge Menschen gearbeitet. Das Ergebnis, das wir vorgelegt haben, ist beachtlich, bleibt für mich allerdings hinter den Erwartungen zurück. Die Ursache, die ich sehe, ist, daß das Ziel, einen Beitrag zur Gestaltung der deutschen Einheit zu leisten, zumindest in den letzten anderthalb bis zwei Jahren aus naheliegendem Grund parteipolitisch instrumentalisiert wurde und damit nur partiell erreicht werden konnte.

Die CDU/CSU ist nicht der Verlockung entgegengetreten, die aktuellen Schwierigkeiten, die wir im Einigungsprozeß haben, nahezu ausnahmslos auf die Zeiten der SED-Diktatur zurückzuführen. Die Position und das retrospektive Argumentieren von Frau Lengsfeld zu Beginn der Debatte zeigen das sehr deutlich. Die PDS dagegen schiebt in allzu selbstgerechter Verdrängung eigener schuldhafter Anteile an DDR-Geschichte alle heutigen Probleme häufig nur auf die Nachwendepolitik der Koalition.

Beides hält kritischer und konstruktiver Prüfung nicht stand. Dies ist für uns auch die Motivation gewesen, an verschiedenen Stellen des Abschlußberichtes mit eigenen Sondervoten zu agieren.

Der Einigungsprozeß hatte nicht nur unter erheblichen Geburtsfehlern zu leiden, die noch heute negativ wirken, sondern in ihm findet sich eine Abfolge von Fehlern, die es politisch auszugleichen gilt. Die historische Chance zur Schaffung eines neuen geeinten Deutschlands, einer Berliner Republik im besten Sinne, wurde schon in verschiedenen historischen Schritten vertan, zumindest in Frage gestellt. Dies beginnt damit, daß man den Prozeß der deutschen Einheit nicht als wirkliche Einigung zweier unterschiedlicher Teile vollzogen hat, sondern als Beitritt.

Der Satz, der von der PDS immer wieder bemüht wird, nämlich „Die Sieger der Geschichte schlucken die Verlierer der Geschichte“, beschreibt eine ganz schwierige Situation, die wir umgangen hätten, wenn wir eine wirkliche Einigung vollzogen hätten.

(Detlev von Larcher [SPD]: Das ist wahr!)

Bei Sicht auf die politischen Systeme mag dieser Eindruck nicht falsch sein, bei Sicht auf die handelnden Menschen jedoch ist es mit Sicherheit falsch, daß dies so gemacht wurde. Die Wende in der DDR hat nicht die Bundesrepublik (alt) vollzogen, sondern die haben die Bürgerrechtler – also wir – in der DDR selbst vollzogen.

(Beifall bei der SPD)

Die Rückgewinnung des aufrechten Ganges, ein emanzipatorischer Prozeß einer Gesellschaft, wurde nach meiner Wahrnehmung in der Wendezeit kurz-

sichtigen und wahltaktischen Erwägungen des Kanzlers und der CDU geopfert. Mit der Fiktion von den blühenden Landschaften wurden naive Hoffnungen auf ein schnelles Erreichen westlichen Wohlstands genährt.

(Detlev von Larcher [SPD]: Es wurden vor allem Wahlen damit gewonnen! Das war nur Wahlkampf!)

Daß dies nicht objektiv eintreten konnte, hat jeder gewußt, der ein wenig politisch gedacht hat. Das hat auch Kanzler Kohl gewußt.

Dieser emanzipatorische Prozeß, von dem ich sprach, wurde damit letztlich unterbrochen. Vielleicht war er auch manchem konservativen Politiker nicht ganz geheuer. Die Folgen sehen wir jetzt. Vieles, was erreicht worden ist, wird folgerichtig von manchem durch eine negative Brille gesehen. Das gute Gefühl, gemeinsam etwas Neues zu schaffen, ist dem Eindruck, vereinnahmt worden zu sein, allzuoft gewichen. Ich glaube, wir haben eine historische Chance vertan.

Diese Schilderung, die ich Ihnen jetzt aus grundsätzlichen Erwägungen vorgebracht habe, gilt auch für verschiedene Arbeitsbereiche, die wir in der Enquete-Kommission gebildet haben. Ich habe mich im wissenschaftlichen Bereich engagiert, weil ich denke, hier haben wir Erhebliches nachzuholen. Ich glaube, ganz entscheidend ist für dieses Feld und auch für viele andere politische Felder eine Debatte über gesellschaftliche Werte in dieser neuen Republik. Wenn wir diese Debatte konstruktiv führen, wenn wir konstruktiv weitermachen an dem Punkt, wo wir heute zunächst eine Zäsur setzen, dann haben wir die reale Chance, die Folgen von 40 Jahren DDR und die Folgen einer Kette von Fehlleistungen im Transformationsprozeß zu beseitigen und zu guter Letzt doch noch zu einem Erfolg in der deutschen Einheit zu kommen. Dies jedoch, meine Damen, meine Herren, wird wohl ab September einer SPD-geführten Regierung vorbehalten sein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/10974. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Entschließungsantrag mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der Gruppe der PDS abgelehnt worden ist.

Dann rufe ich den Zusatzpunkt 1 auf:

Wahlvorschlag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Wahl von Mitgliedern in den Stiftungsrat der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“

– Drucksache 13/10978 –

Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P. auf Drucksache 13/10978 vor. Ich bitte diejenigen, die diesem interfraktionellen Wahlvorschlag zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß der Wahlvorschlag mit den Stimmen des Hauses bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS angenommen worden ist.

Damit sind die Mitglieder des Stiftungsrates nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ gewählt.

Es wird gebeten, formell darüber abzustimmen, daß der Schlußbericht der Enquete-Kommission zur Kenntnis genommen wird. Ich habe das deswegen nicht formell zur Abstimmung gestellt, weil ich mir gesagt habe: Wenn wir über den Bericht diskutieren, müssen wir ihn notgedrungen zur Kenntnis genommen haben. Aber ich bin ganz einverstanden. Es wird Kenntnisnahme des Berichtes gewünscht.

(Heiterkeit)

Wer den Bericht zur Kenntnis nimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig geschehen.